

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 80 J.
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 16. Juli 1898.

Inserate die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 J
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Weigenstraße Nr. 12.

Inhalt: Die amerikanische Konkurrenz. — Das Gußstahlwerk Friedr. Krupp und seine Entstehung. — Die konstitutionelle Fabrik. — Aus Japan und China. — Die Lage der Spengler in Frankfurt a. M. — Das Lebensalter der Proletarier. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Aus Oesterreich. — An die Metallarbeiter Berlins und Umgegend. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Allgem. Kr. u. St.-R. d. M.: Korrespondenz. — Vermischtes. — Literarisches.

Zur Beachtung.

Zuzug zu fernzuhalten:

- von Formern nach München D., nach Wolfenbüttel (Brandes) M., nach Nürnberg;
- von Seilenhauern zc. nach Bielefeld und Schloß Holte St., nach Breslau, nach Dortmund S., nach Düsseldorf S., nach Duisburg St., nach Ludwigshafen a. Rh. (Reimer u. Siegwart), nach Magdeburg-Sudenburg (A. M. Schmidt), nach München S., nach Nürnberg;
- von Klempnern nach Flensburg (Müller'sche Blechwarenfabrik), nach Mannheim i. B. (Oberheinische Metallwerke) R., nach Offenbach S.;
- von Bauhülffern nach Hannover S., nach Mannheim;
- von Schleifern nach Bielefeld (Hengstenberg) St.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Bielefeld, nach Laubrecht i. Pf. (Semmer), nach Nürnberg, nach Steyr, Oberösterreich (Waffen- u. Fahrradfabrik);
- von Guß- und Wagenschmieden nach Cassel und Garburg a. Elbe S.;
- von Klempnern und Emailleuren nach Düsseldorf (Wortmann u. Elbers) D.;
- von Kesselschmieden nach Kaiserslautern (D.).
- von Goldschlägern nach Breslau (Boranzoff) D.; (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; S.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; R.: Lohn- oder Akford-Reduktion.)

Die amerikanische Konkurrenz.

I.

Während früher die amerikanische Konkurrenz sich in der Hauptsache nur auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion betätigte und die Einfuhr von amerikanischen Maschinen, so lange die einheimische Maschinenindustrie noch wenig entwickelt war, nicht als lästige Konkurrenz empfunden, sondern im Gegenteil als Mittel zur Förderung der Industrie betrachtet wurde, ist hierin in den letzten Jahren ein völliger Umschwung eingetreten. Amerika exportirt schon seit längerer Zeit nicht nur Weizen, Baumwolle, Petroleum zc., sondern landwirtschaftliche und gewerbliche Produkte aller Art und es hat durch diese allseitige Ausdehnung seines Exports bewirkt, daß seit etwa zwei Jahren in der gewerblich-industriellen Presse die amerikanische Konkurrenz ein stetsfort erörtertes Thema bildet. Aber auch in Vereinen und Versammlungen beschäftigt man sich damit immer wieder, wozu auch die extreme Zollpolitik der Amerikaner genügend Anlaß gibt.

Seit ungefähr zwei Jahren treten die Amerikaner auch auf dem Gebiete der Eisenproduktion als Konkurrenten auf und seitdem enthalten alle Berichte über die Situation der in- und ausländischen Eisenmärkte Mitteilungen und Klagen über die amerikanische Konkurrenz. In der diesjährigen Generalversammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute stand sie ebenfalls auf der Tagesordnung; Ingenieur Schrödter hielt darüber einen bemerkenswerthen Vortrag. Er erinnerte daran, daß Nordamerika bereits im Jahre 1608 eine erste Roheisenprobe nach London sandte und daß unter lebhafter Mitwirkung deutscher Ansiedler im östlichen Pennsylvanien die Entwicklung der nordamerikanischen Roheisenindustrie derartige Fortschritte machte, daß sich das Mutterland bald veran-

laßt sah, sein Eisen gegen die Einfuhr von nordamerikanischen Roheisen durch einen hohen Zoll zu schützen. Trotzdem stieg in Folge des Umstandes, daß in England damals die Wälder spärlich und die Holzkohlen theuer waren, die Ausfuhr amerikanischer Roheisens derart, daß sie im Jahre 1750 bereits 3000 Tonnen (à 20 Zentner) betrug, dann aber in den Jahren 1765 und 1767 sich auf 4300 bzw. 7500 T. erhöhte, nachdem das englische Parlament beschloffen hatte, das amerikanische Roheisen sei zollfrei, jedoch die Errichtung amerikanischer Stabeisens-, Blech- und Stahlwerke sei als „gemeinschädlich“ durch Erhöhung der Zölle auf Fertigerzeugnisse hintanzuhalten. Die englische Roheisenerzeugung betrug damals, so im Jahre 1740 erst 17,000 T., war also sehr unbedeutend und gerade deshalb die Furcht vor der amerikanischen Konkurrenz sehr begreiflich. Uebrigens war auch die amerikanische Roheisenproduktion zu jener Zeit noch recht gering und sie nahm erst in den letzten Jahrzehnten einen großen Aufschwung. So betrug sie 1886 5,764,000, 1890 9,350,000 und 1897 9,810,000 T. Ein Vergleich mit anderen Ländern zeigt folgende Uebersicht. Es produzierten Roheisen in

in Jahre	England	Belgien	Großbritannien	Deutschland	Frankreich	Vereinigte Staaten	Summa
1886	541	701	6871	3529	1516	5764	18 922
1887	623	756	7442	4024	1568	6513	20 926
1888	677	827	7899	4337	1688	6587	24 980
1889	752	832	8245	4525	1722	7718	23 794
1890	927	788	8001	4658	1462	9350	23 186
1891	1016	684	7334	4641	1897	8413	23 985
1892	1096	753	6723	4937	2057	9304	24 870
1893	1184	745	6939	4953	2003	7238	23 062
1894	1343	819	7483	5559	2070	6764	24 038
1895	1454	829	8022	5739	2006	9598	27 698
1896	—	—	8750	6360	—	8632	—
1897	—	—	9000	6889	—	9810	—

Demnach hat Amerika bereits 1890 England bezüglich der Roheisenproduktion überflügelt und sie betrug auch 1897 um über dreiviertel Million Tonnen mehr. Es ist gar nicht unmöglich, daß sogar Deutschland in einigen Jahren England erreicht haben wird. Alle anderen Länder bleiben hinter Deutschland, England und Amerika erheblich zurück. Für die weitere Entwicklung der amerikanischen Roheisenproduktion prophezeit der 1879er Jahresbericht der New-Yorker Metallbörse, daß sie im Jahre 1900 18 Millionen, der Amerikaner Eduard Atkinson gar, daß sie dann 42 Millionen Tonnen betragen wird. In das Jahr 1898 sind die amerikanischen Eisenwerke mit einer Monatsproduktion von rund 1 Million Tonnen eingetreten, was eine Jahresproduktion von 12 Millionen gegen 9,8 Millionen im Jahre 1897 ergeben würde. Gegenüber der amerikanischen Tagesproduktion von 34,000 weist Deutschland eine solche von nur 20,000 Tonnen auf. Da der amerikanische Bedarf nicht im gleichen Maße steigt, so wird der Ueberschuß zum Export gelangen und mit dieser Ueberschwemmung des Weltmarktes eine scharfe Konkurrenz ausgeübt werden.

In dem erwähnten Vortrage hebt Ingenieur Schrödter als die Ursachen der großartigen Roheisenproduktion Nordamerikas hervor: einmal die Mächtigkeit und leichte Abbaubarkeit der Erzlager, dann aber die Erniedrigung der Arbeitslöhne, die für die Tonne Roheisen seit 10 Jahren um die Hälfte zurückgegangen sind und endlich die Ermäßigung der Frachten. In ersterer Beziehung wird der Aufschluß mächtiger Erzlager im nördlichen Seengebiet erwähnt und angeführt, daß die erst 1892 in Betrieb genommene Mesabigrube jetzt bereits 4,28 Millionen Tonnen oder ein Drittel der gesamten Jahresproduktion der Ver-

Staaten liefert. In der „New-Yorker Handelszeitung“ ist schon vor Jahresfrist in einem Artikel die große Bedeutung Abamas für die Eisenindustrie hervorgehoben worden. Es heißt in demselben unter Anderem: „Alabama ist bis vor Kurzem einer der zurückgebliebensten Staaten des Südens gewesen, obwohl er von Natur sehr bevorzugt ist. Neben Getreide, Baumwolle, Holz trifft man in dem Staate einen großen Mineralreichtum an. Die Mineralregion umfaßt mehr als ein Drittel des Staates. In ihr befinden sich drei Kohlenbecken: das Coosa-, das Cahaba- und das Warriorbecken. Letzteres wird zehnmal so groß geschätzt wie die beiden anderen zusammengenommen. Es beträgt etwa zwei Drittel der Größe der Kohlenbecken Großbritanniens und hat Flöze bis zu 4,2 Meter Mächtigkeit. Neben Kohle kommen aber die trefflichsten Eisenerze in großer Häufigkeit vor. Das Alabama-Eisen ist nur halb so phosphorhaltig als das beste Eisen der Welt. Der Mittelpunkt der Kohlen- und Eisenindustrie ist Birmingham, die magische Stadt. Im Jahre 1871 gegründet, zählte sie 1880 erst 3086, 1890 bereits 26,178 Einwohner und spiegelt so das rasche Aufblühen der dortigen Industrie wieder. Mehr als 20 Hochofen liefern täglich über 2000 Tonnen Eisen und große Kohlen-, Eisen- und Landkompagnien haben in Birmingham ihren Sitz. Das besteuerte Eigenthum dieser Stadt allein belief sich 1887 schon auf 33,019,485 Dollar.“ Birmingham in Alabama, heißt es dann weiter, habe sich zu dem zweifellos billigsten Roheisenbezirk der Welt entwickelt. In der Nähe dieser Stadt befindet sich reiches Erz- wie Kohlenmaterial, die Eisenwerke der Abamer Produzenten seien umfangreich und entsprächen den modernsten Anforderungen.

Dazu kommt aber ferner die Großartigkeit und Zweckmäßigkeit aller anderen industriellen Anlagen. So sind die amerikanischen Hochofen die größten der Welt. Mancher derselben erreicht eine Tagesleistung bis zu 8600 Zentnern. Noch vor 8 Jahren galt in Amerika die Tagesleistung von 3600 Zentnern als etwas Unerhörtes. In Deutschland produzierte man vor 50 Jahren täglich 25—30 Tonnen mit Koks, 9 Tonnen mit Holzkohle, gegenwärtig 100, 130 bis 180 Tonnen. Ein Vergleich der gegenwärtigen Maximalproduktion der schwedischen, deutschen und amerikanischen Hochofen ergibt ein Verhältnis von 15:180:428 Tonnen täglicher Produktion. In der „Wirtschaftl. Wochenschau“ der „Leipz. Volksztg.“ erwähnte Richard Calwer vor einiger Zeit das in England immer mehr Anklang findende Hochofensystem, bei dem mehrere Hochofen neben einander errichtet und gleichzeitig betrieben werden. Ein solches System steht auf dem Furnesswerk in der Grafschaft Cumberland und produziert täglich 14,000 Zentner (700 T.) Roheisen.

Die Firma Williams Fallow u. Co. in Liverpool sagt in ihrem Geschäftsberichte für 1897 über die amerikanische Konkurrenz: „Die Fortschritte Amerikas während der letzten Jahre erweckten bereits vielseitig die Furcht, daß, wenn dasselbe freihändlerisch wäre, es Großbritannien im Welthandel den Rang streitig machen würde, aber daß diese Zeit so nahe herangerückt sei, erwartet Niemand. Der Grund dafür sei in der Thatsache zu suchen, daß in Folge der profitablen Periode der Stahl- und Eisen-Industrie während des Schutzsystems für die weitere Entwicklung und Ausgestaltung große Mittel angesammelt wurden, die die Produktionsverbilligung von Eisen und Kohle ermöglichten. Dies bezieht sich nicht nur auf Roheisen, sondern auch auf die Schienen-, Knüppel-, Draht-Fabrikation zc., andererseits hätten die englischen Stahlwerke während der letzten zehn Jahre keine Fortschritte gemacht. In Amerika gäbe es Hochofen, die von 2500—4000 Tonnen Roheisen wöchentlich (gegen

500-700 Tonnen im Vereinigten Königreich), Schienenwerke, die 600,000 £., und Drahtseifenfabriken, die 100,000 £. jährlich herstellen; als Folge davon seien die Preise tatsächlich niedriger als in England. Nach Erklärungen von authentischer Seite könne Alabama-Rohseifen um 25 Sh. per Tonne hergestellt werden, und in Chicago wären große Posten zu 35 Sh. gehandelt worden. Stahlseifen seien nach Auflösung der Konvention von 20 Doll. auf 15 zurückgegangen, und Stahlknüppel seien jetzt 15 Doll. ab Werk notirt, sämtlich also unter der englischen Preislage. Im Oktober 1896 war in den vereinigten Staaten die wöchentliche Produktion von Rohseifen auf 112,782 £. zurückgegangen, seitdem hat sie sich stetig entwickelt, und im Dezember 1897 war sie auf 226,627 £. gewachsen, was einer jährlichen Produktion von 11,75 Mill. £. gleichkommt. —

Die amerikanische Eisenindustrie vertheilt sich auf einige wenige Zentren. Ein Zentrum der Hochseifenindustrie liegt bei Pittsburg, wo Carnegie, der Sohn eines schottischen Handwebers, in seinen gewaltigen Hochofen allein etwa 2 Millionen Tonnen produziert. Ein zweites Zentrum hat sich bei Chicago gebildet, ein drittes bei Philadelphia, das jedoch schon wieder im Niedergang begriffen ist. Ein viertes Zentrum umfaßt Alabama, Virginia und Tennessee. Ueberall geht die Entwicklung darauf hin, die Eisenherstellung in wenigen gewaltigen Unternehmungen zu konzentriren.

Das Gußstahlwerk Friedr. Krupp und seine Entstehung.

In einem bei Günther & Schwan in Essen erschienenen Buche: „Das Gußstahlwerk Friedr. Krupp und seine Entstehung“ gibt der Verfasser Guß. Koepfer einen Ueberblick über die geschäftliche Entwicklung des Riesenwerkes, die Produktion, die Hauptbetriebe, sowie die Bestellungen der Firma außerhalb Essens, und die verschiedensten sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen. Dieser Geschichte des Werkes entnehmen wir für das Folgende verschiedene Angaben. — Die Wittve des im Jahre 1790 verstorbenen Hermann Krupp kaufte 1797 für den Preis von 12 000 Thaler die „Gutehoffnungshütte“ bei Sterkrade und leitete das Werk mit ihrem kaum dem Knabenalter entwachsenen Sotel Friedrich. Es wurden hauptsächlich Schmiedetheile zu Dampfmaschinen fabrizirt.

Zu jener Zeit wurde der zur Waffenfabrikation benötigte Gußstahl fast allein in England hergestellt. Durch die von Napoleon gegen England — dem er nicht anders beizukommen wußte — verhängte Kontinentalsperre wurde die Einfuhr des begehrten Metalls unmöglich. Dies vor Augen, sowie die übrigen Zeichen der Zeit, welche auf gewaltige Umwälzungen der Technik hinarzeigten, richtete Krupp, begab sich der junge Krupp in Verbindung mit dem Ingenieur Jacobi an die Lösung des Problems der Gußstahlfabrikation, welche auch im Jahre 1808 glückte. Der Ingenieur Jacobi gab die Erfindung als sein Werk aus; dem nachher erfolgreichen Krupp wird aber heute die Idee zugeschrieben.

Trotz der Erfindung des Gußstahls wollte es mit der „Gutehoffnungshütte“ nicht recht vorwärts gehen, sie wurde noch im Jahre 1808 an Heinrich Hülsen aus Essen verkauft. Der neue Besitzer nahm den vorerwähnten Jacobi sowie einen gewissen Daniel in sein Geschäft auf und erzielte mit dem Bau von Maschinen für Bergwerke und Dampfmaschinen bemerkenswerthe Erfolge.

Friedr. Krupp übernahm das von seiner Mutter weitergeführte kaufmännische Geschäft seines Vaters. Hier hielt es ihn jedoch nicht lange; im Besitze des Geheimnisses der Gußstahlfabrikation konnte er in der kaufmännischen Thätigkeit keine Befriedigung finden. Im Jahre 1810 kaufte er ein kleines Hammerwerk, im Nordosten der Stadt Essen gelegen. Aber auch hier war ihm das Glück nicht hold. Um sich halten zu können, verband er sich mit einem Mechaniker Nicolai. Dieser erhielt von der Berliner Behörde laut Dekret das ausschließliche Recht, zwischen Rhein und Elbe Gußstahl zu fabriziren. Die neue Firma Nicolai-Krupp bot ihren Gußstahl für 6 Sgr. „Berl. Courant“ für's kölnische Pfund bei einem Durchmesser von 3 bis 1/2 Zoll an. Unter einem Vierteljahr wurde nicht abgegeben. Doch schon ein Jahr nachher trat Nicolai wieder aus, nachdem man kurz vorher im Westen der Stadt, dort wo jetzt das Riesen- etablissemant sich erhebt, ein kleines Werk mit einem Wasserhammer angelegt hatte. Für den Tiegelstahl, der heute eine sehr große Bedeutung erlangt hat, fand sich damals wenig Nachfrage und als Friedrich Krupp im Jahre 1826 starb, beschäftigte das Werk nur zwei Arbeiter und war vollständig bedeutungslos.

Unter der Leitung des Alfred Krupp, welcher bei dem Tode seines Vaters erst 14 Jahre zählte, nahm das Werk, jedoch erst in den letzten 30 Jahren, den ungeheuren Aufschwung. Zweifellos war Alfred Krupp ein Genie, aber ohne die günstigen, später eingetretenen Verhältnisse würde er es auch nicht viel weiter gebracht haben als sein Vater. Alfred Krupp verlegte sich hauptsächlich auf die Fabrikation von Münzstempeln, deren bei der damaligen Duodez-Staaterei ziemlich viel begehrt wurden. Im Jahre 1832, 6 Jahre nach der Geschäftsübernahme, hatte es der neue Leiter auf 10 Arbeiter gebracht. Jetzt war Krupp nicht mehr auf den Ertrag seiner eigenen Arbeit angewiesen, denn die Herstellung der Stempel warf einen ansehnlichen Profit ab. Eine weitere Etappe zur Entwicklung des Werkes war die Erfindung der sogenannten Bahnwalze zur Fabrikation von Röhren. Krupp erlangte auf diese Walze Patente in Deutschland, Oesterreich, England und Frankreich. Was die tägliche Handarbeit seines Vaters und seine eigene nicht vermochte, das konnte Alfred Krupp auf Grund seiner Patente bewerkstelligen, nämlich die Vergrößerung des Werkes. Krupp kam in wenigen Jahren so weit, 100 Arbeiter beschäftigen zu können.

Wie blind oft der Zufall spielen kann, sollte auch Krupp erfahren. Die gewiß bedeutungsvolle Erfindung des Tiegelgusses konnte ihn nicht emporheben, er kam trotz dieser Erfindung nicht weiter. Die Erfindung der Röhrenwalze brachte ihm dagegen ein ganzes Stück vorwärts, besonders nachdem es ihm glückte, sein englisches Patent zu einem hohen Preise zu verkaufen. Jetzt wurden neue Schmelzöfen gebaut, Hämmer und Maschinen aufgestellt. In Verbindung mit dem Wiener Kaufmann Alexander Schöller baute er im Jahre 1844 die Metallwaarenfabrik in Bernorf bei Leobersdorf, deren technische Leitung Hermann Krupp, ein Bruder Alfred's übernahm. Im Jahre 1843 versuchte sich Krupp in der Waffenfabrikation, jedoch zunächst ohne Erfolg. Obwohl er auf der Gewerbeausstellung in Berlin 1844 eine goldene Medaille für diverse ausgestellte Gußstahlstücke erhielt, blieben seine Gewehrläufe doch unbeachtet und in diesem Artikel hat Krupp überhaupt keine Erfolge erzielt.

Der wirtschaftliche Niedergang Ende der 40er Jahre warf auch Krupp wieder um ein gutes Stück zurück. Beschäftigte er im Jahre 1845 bereits 122 Arbeiter, so mußte er diese Zahl im Jahre 1849 auf 72 reduzieren. In dieser Zeit wurde wahrscheinlich schon die Idee der jetzt so verhinmelten „Wohlfahrts-Einrichtungen“ geboren. Krupp erkannte schon damals, wie nothwendig ein gesunder und exprobtter Arbeiterstamm für den Bestand und die Erweiterung seines Werkes war. Der Autor unseres Buches läßt Krupp sein Silbergeschirr unschmelzen, um die Arbeiterzahl von 72, für die er nicht mehr vollständig Beschäftigung hatte, nicht weiter reduzieren zu müssen. Was lag näher, als daß Krupp auf Mittel sann, für die Folge leichter über eine wirtschaftliche Depression hinwegzukommen, ohne den Stamm der geschulten Arbeiter allzustark zu verringern. Dies war damals noch viel wichtiger wie heute, weil die Zahl der Industriearbeiter eine noch verschwindend kleine und die Rekrutierung aus landwirtschaftlichen Arbeitern mit großen Kosten verbunden war.

Daß seine Spekulation mit den Wohlfahrts-Einrichtungen keine verfehlte war, hat die Folge gelehrt, denn kaum dürfte das Abhängigkeitsgefühl der Arbeiter irgendwo stärker hervortreten, als bei den Krupp'schen Arbeitern. Dabei gründet sich dies Abhängigkeitsgefühl auf Einrichtungen, welche doch nur durch die Wertheshaffung der Arbeiter erhalten werden können und für welche laufend hohe Beiträge Seitens der Arbeiter gezahlt werden müssen.

Merkwürdigerweise fallen auch in diese Zeit, wo der Absolutismus zu Grabe getragen wurde, wo das Volk nach Selbstständigkeit verlangte und jede Autorität sich bedroht sah, die ersten Versuche Krupp's zur Fabrikation von Kanonen, jedoch vorläufig ohne Erfolg.

Eine weitere Entwicklung erfuhr das Werk, als allmählich auch in Deutschland das Eisenbahnen- ausgebaut wurde. Die Kanone trat vorläufig wieder vollständig in den Hintergrund, Eisenbahnschienen und rollendes Material für den Eisenbahnbau trat in den Vordergrund. Außer Schienen wurde hauptsächlich die Fabrikation von Radbandagen, welche Krupp nach einem neuen Verfahren herstellte, betrieben. Früher wurden die Radreifen auf einer Maschine aus Schweizeisen gebogen und zusammengeschweißt. Krupp führte das jetzt allgemein angewandte Verfahren ein, eine Stahlscheibe zu durchlöchern, diese dann unter dem Dampfhammer auszuweichen zu lassen. War der Ring auf ein gewisses Maß angeschwunden, dann kam er in die horizontal stehende Walze und in wenigen Minuten

war die Bandage in ihrer fertigen Form hergestellt. Das Walzen der Bandagen wird heute mit einer solchen Präzision ausgeführt, daß selbst bei den peinlichsten Ansprüchen das Maßmaß mit dem Drehmaß nur um ein Weniges differirt.

Was bei der intensivsten eigenen Arbeit nicht möglich war, das wurde durch die Erzeugung neuer Produkte, die selbstverständlich hoch im Preise standen, erzielt. Fortgesetzt konnte Krupp Neuanlagen machen und Arbeiter einstellen. Sehen wir ab von der „Gutehoffnungshütte“ und rechnen bloß mit der Gründung der jetzigen Fabrik, so finden wir, daß es die Firma Krupp in den ersten 22 Jahren bis auf 10 Arbeiter brachte, in den folgenden 15 Jahren bis 1845 stieg die Zahl auf 122, fiel dann wieder auf 72, um in der Folge mit der steigenden Entwicklung des Eisenmarktes, besonders auch des Eisenbahnbaues kolossal voranzuschreiten. Im Jahre 1858 standen bereits 1047 Hüttenleute im Dienste des Herrn Alfred Krupp.

Jetzt begann wieder eine neue Epoche. Obwohl Krupp auf den verschiedensten Ausstellungen für seine Gußstahlfabrikate, seine drei- und sechspfünder Kanonen ehrende Anerkennungen erhalten hatte, blieben bis dahin die Bestellungen auf die Artilleriewaffe aus. Selbst das im unterthänigsten Tone gehaltene Schreiben Krupp's an den verhassten Napoleon mit einem Angebot der alle anderen Armeen sicher vernichtenden Kanonen, hatte keinen Erfolg.*

Der Verfasser des Buches über die Entstehungsgeschichte des Krupp'schen Werkes macht sich bei Schilderung der vorstehenden Episode mindestens eines Irrthums schuldig, indem er Krupp einen Auftrag Napoleon's auf 300 Kanonen abweisen läßt. Daß Krupp seine Kanonen und sonstigen Erzeugnisse verkaufte, wo er sie am besten bezahlt erhielt, nehmen wir ihm weiter nicht übel, wünschön es sich mit dem berühmten „Patriotismus“ eigentlich kaum vereinbaren läßt, einer fremden Nation eine Waffe in die Hand zu geben, die im gegebenen Momente den Untergang des eigenen Vaterlandes bewirken könnte.

Krupp hat stets, wenn es seinem Geldbeutel dienlich war, seine Produkte untergebracht wo sie begehrt wurden, ja sogar an das Ausland billiger verkauft, wie an das „gelobte“ Vaterland. Darum sollte man Behauptungen der Art, daß Krupp aus Patriotismus große lohnende Aufträge abgelehnt habe, gefälligst unterlassen. Wenn der spätere Industriekönig vielleicht auf Lieferungen nach „Frankreich“ verzichtet hat, so ist das durch den Gelstritt, den Napoleon dem aufstrebenden Krupp verlegte, erklärlich.

Das Jahr 1859 brachte für Krupp auch die preussische Anerkennung. Während Aegypten und andere Staaten bereits Krupp'sche Geschütze bezogen hatten, folgte Preußen in diesem Jahre mit einer Bestellung auf 225 Stück. Die kommenden Kriege lagen bereits unheilrohend in der Luft. Die Folgen des österreichisch-italienischen Krieges ließen auf weitere schließen und so rüstete Alles zum Kampfe. Bestellung folgte auf Bestellung und die erst noch vor kurzem vergrößerten Werkstätten erwiesen sich schon wieder als unzureichend. Von Neuem ging es an die Vergrößerung und Neueinrichtung von Werkstätten. Im Jahre 1861 wurde der 1000 Zentnerhammer „Fritz“ erbaut, was einen Aufwand von 1 800 000 M. verursachte. Die Erfolge überstürzten sich in den nächsten Jahren aber auch nur so. Auf den Gipfel seiner „Größe“ wurde Krupp gehoben, als sich im Kriege gegen Dänemark im Jahre 1864 die Gußstahlkanonen mit dem kurz vorher erfundenen Keilverschluß bewährten. Rußland, Italien, die Türkei wurden neben Preußen

* Bei seiner Anwesenheit in Paris schrieb Alfred Krupp unterm 29. April 1868 folgenden Brief an Napoleon:

Sire! Ernuethigt durch das Interesse, welches Eure erhabene Majestät (sa Hauteur Notre Majestät) für einen einfachen Industriellen und die glücklichen Ergebnisse seiner Bemühungen und unerhörten Opfer bewiesen haben, wage ich von Neuem mich allerhöchst derselben mit der Bitte zu nahen, gewähren zu wollen, den beifolgenden Atlas anzunehmen. Er enthält eine Sammlung von Zeichnungen verschiedener in meinen Werkstätten angefertigten Gegenstände. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß besonders die vier letzten Seiten, welche die Gußstahlkanonen darstellen, die ich für verschiedene hohe Regierungen Europas angefertigt habe, einen Augenblick die Aufmerksamkeit Eurer Majestät auf sich ziehen dürften und meine Stühnheit entschuldigen werden. Mit dem tiefsten Respekt, mit der größten Bewunderung bin ich Eurer Majestät unterthänigster und ergebenster Diener.

Auf diesen Brief, der nicht nur eine industrielle, sondern auch eine politische Bedeutung hatte, erhielt der Patriot Alfred Krupp am 21. Mai 1868 die nachstehende Antwort: „Der Kaiser hat mit vielem Interesse den Atlas empfangen, den Sie ihm zugestellt haben, und seine Majestät hat den Befehl gegeben, Ihnen für diese Mittheilung zu danken und Ihnen zu wissen zu thun, daß seine Majestät lebhaft den Erfolg und die Ausdehnung einer Industrie wünscht, welche die Bestimmung hat, der Menschheit beträchtliche Dienste zu erweisen.“

die Hauptkunden Krupp's. Er war „Kanonenkönig“, und stolz auf die erstrebten Ziele hatte er den ihm 1864 angebotenen Adelstitel ausgeschlagen. Seiner ausgeprägten Persönlichkeit entsprach es nicht, als letzter Adeliger im Hintergrunde zu stehen; sein Geschäft war so lukrativ, daß er die Zeit nicht mehr fern sah, wo er als Gebieter über 100 Millionen geradezu ohne als mit „von“ eine außergewöhnliche Erscheinung bilden werde, besonders noch, weil er sich als „Patriarch“ der Tausende von Arbeitern fühlte.

Gerade in dem Selbstgefühl Alfred Krupp's liegt zum Theil sein Erfolg begründet. Unbekümmert um irgend welche andere Interessen schritt Krupp auf sein Ziel, eine industrielle Großmacht zu werden, los. Und er war ein Charakter, energisch, unbeugsam, dazu mit Talent und technischem Geist ausgestattet, und so war er der tatsächliche Leiter seiner Fabrik. Jedoch wie überall, so setzte auch hier die Entwicklung eine Schranke. In den siebziger Jahren mußte er bereits eine ständige Mitdirektion einsehen, die sogenannte Prokura. (Schluß folgt.)

Die konstitutionelle Fabrik.

In der letzten Reichstags-Sitzungszeit hat der Abgeordnete Legien eine außerordentlich instruktive und schlagende Parallele gezogen. Er verglich die Einrichtungen der Großindustrie, die Fabriken mit einem Staatswesen. Wie in vielen Staaten die absolute Monarchie durch konstitutionelle Einrichtungen aufgehoben und modifiziert worden sei, so werde auch jeder einzelne großindustrielle Unternehmer, jede Fabrik früher oder später sich zu konstitutionellen Einrichtungen bequemen müssen.

Das Wort hat der Reichstagsmehrheit gewiß in den Ohren geklungen wie Majestätsbeleidigung und Hochverrath gegen König Wammon und wie Gotteslästerung gegen ihren Götzen Mehrwerth.

Dieselben Herren, welche die Früchte und Ergebnisse der Revolutionen von 1789 bis in unser Jahrhundert herein für höchst angenehm, berechtigt und naturnothwendig betrachten, da sie ihnen, den Vertretern des „dritten Standes“, zur Emanzipation vom Druck des königlichen Absolutismus und der beiden altprivilegierten Stände Adel und Geistlichkeit, verholfen haben — die, um es mit einem Wort zu sagen, ihre Erhebung auf die Stufe der Gleichberechtigung mit jenen beiden Ständen aus Herzensgrunde billigen und um keinen Preis rückgängig gemacht wissen möchten —, wollen den Unternehmerrudimentarismus aufrecht erhalten um jeden Preis.

Es verlohnt der Mühe, den glücklich gewählten Vergleich weiter auszuspinnen.

Derzeit herrscht in den Einrichtungen der Großindustrie die absolute Monarchie des Unternehmers. Wie selbst die aufgeklärtesten Despoten des vorigen Jahrhunderts, wenn sie gegen ihre „Untertanen“ die wohlmeinendsten Gesinnungen hegten, doch der Debitivhuldigen: zwar Alles für das Volk, aber nichts durch das Volk, — huldigen auch die Großunternehmer der Industrie genau so, wie die Großgrundbesitzer der Ansicht, daß ihre Arbeiter Untertanen und als solche lediglich Wesen sind, ausgestattet mit dem bekannten beschränkten Untertanenverstand.

Die absoluten Monarchen vergangener Jahrzehnte sträubten sich bekanntlich aus Leibesträften gegen jede Beschränkung ihrer Machtvollkommenheit, sie wollten nur Gott verantwortlich sein. Ebenso gebärden sich unsere Großunternehmer höchst widerspenstig, wenn der Staat Geheze zu Gunsten der Arbeiter, zum Schutze von Leib und Leben derselben erlassen will, sie erklären das für einen Eingriff in ihre Unternehmerrudimentarität, für eine Verletzung der bürgerlichen Freiheit.

Wie in den Friedensschlüssen der deutschen Reformationskriege die Landesfürstenthümer so weitumfassend verstanden wurde, daß bestimmt ward: wem das Land gehört, der bestimmt, was die Bewohner desselben glauben müssen (cujus regio, ejus religio!), so bestimmten Herr v. Stumm und Genossen, welche Zeitungen „ihre“ Arbeiter lesen dürfen und welche nicht, welche politischen Götzen sie anbeten, an welchen Altären sie ihre „freiwilligen“ Opfer (für Bismarck- und Wilhelm-Denkmal z. B.) darbringen, an welchen Tagen sie illuminiren, ihre Häuser dekoriren und an Festumzügen sich betheiligen sollen.

Dem Unternehmer- und Kapitalistenegoismus geht es genau so, wie dem monarchischen Absolutismus, dem die freie Debitiv in den Mund gelegt wird: Der Staat bin Ich! Die Unternehmerrudimentarität sagt ebenso unlogisch und trügerisch: Die nationale Industrie sind wir! Aber was ein absoluter König ohne Untertanen und ohne Land ist, daselbe ist eine Industrie-

unternehmenschaft ohne Arbeiter, ohne Lohnsklaven — nämlich nichts von dem, was ihr Name besagt.

Den Arbeitsprozeß konstitutionell zu gestalten, versuchte man durch die sogenannten Arbeiterausschüsse oder Aeltesten-Kollegien, die zuerst in den 70er Jahren aufkamen.

Von ihnen heißt es in Wurms Volkslexikon (Seite 312, unter dem Stichwort: Arbeiterausschüsse): „Heißblütige Unternehmer haben von ihnen (den Arbeiterausschüssen) als einer „Konstitution in der Fabrik“ gesprochen. Viele Unternehmer, so die im Zentralverein deutscher Industrieller Vereinigten, sind ihnen entschieden feindlich gesinnt, weil sie auch in der mindesten, wenn auch nur scheinbaren Einschränkung ihrer unbeschränkten Gewalt über die Arbeiter eine Schädigung der Disziplin und ein allzu großes Zugeständniß an die Arbeiter sehen.“

Man sieht, die Schlotbarone huldigen demselben ungezügelmäßigen Feudalismus, wie die Krantjunker, welche am liebsten die Hörigkeit und Leibeigenschaft des Mittelalters wieder hergestellt sehen möchten.

Man sieht daraus, daß das ausbeutende Kapital wohl mit jenen politischen und sozialpolitischen Fortschritten des konstitutionellen Staates einverstanden ist, welche ihm zu gute kommen, aber sofort in den Harmonie geräth, wenn seine Ausbeutungsobjekte in dem Arbeitsprozeß konstitutionelle Zustände einzuführen Miene machen. Auf diesem Gebiet ist ihnen der Fortschritt, die „Konstitution“, ein Graus ein Stein des Anstoßes und Aergernisses, genau wie die politische Konstitution dem echten und rechten Krantjunker.

Die „Konstitution in der Fabrik“ theilte insofern auch die geschichtliche Entwicklung mit der konstitutionellen Gestaltung des Staates, als die Arbeiterausschüsse, also die Arbeitervertretungen, ebenso wie die Kammern, die Volksvertretungen nicht nur fortwährend in ihren Befugnissen und in ihrem Einfluß gehemmt und beschränkt, sondern sogar der alten Gewalt unterthänig gemacht, zu einem Werkzeug derselben vielfach umgefälscht wurden. Ihre Rechte wurden nach Möglichkeit zu Scheinrechten herabgedrückt; vielfach sanken die Arbeiterausschüsse geradezu zu einer willkürlichen und billigen Arbeiterpolizei herab.

Schon bei der Einführung der Arbeiterausschüsse (1891) lautete der betreffende Paragraph (134d): „Vor dem Erlaß der Arbeitsordnung oder eines Nachtrages zu derselben ist den in der Fabrik oder in den betreffenden Abtheilungen des Betriebes beschäftigten großjährigen Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich über den Inhalt derselben zu äußern. (!) Für Fabriken, für welche ein ständiger Arbeiterausschuß besteht, wird dieser Vorschrift durch Anhörung des Ausschusses über den Inhalt der Arbeitsordnung genügt.“

Wie dieses Anhören vor sich geht, was die „Ausschüsse“ des Arbeiterausschusses für Wirkungen und Folgen haben sollen, davon schweigt leider des Sängers Höflichkeit. Durch bloßes Anhören von Aeußerungen der Ausschüsse über Mängel und Ungerechtigkeiten der Arbeitsordnungen verschwinden diese letzteren aber gewiß durchaus nicht! Darum bedeuten diese Arbeitervertretungen tatsächlich nur Scheinkonstitutionen in den Fabriken, in denen sie etwa existiren sollten. (Wieviele gibt es deren? Das Volkslexikon kalkulirt, daß es im deutschen Reich kaum 100 sein dürften!)

Aber trotz alledem und alledem haben die Völker das größte Interesse daran, daß ihre staatlichen Organismen echte und rechte Konstitutionen erhalten. So dürfen sich auch die Arbeiter der Einsicht nicht verschließen, daß ihre gewerkschaftlich-wirtschaftlichen Kämpfe im Grunde genommen auf dasselbe Ziel hinauslaufen, wie die politischen Anstrengungen der Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie: daß es sich auch in diesen letzteren darum handelt, Gerechtigkeit und wahre Ordnung zu Ruß und Frommen Aller herzustellen. Um diese Wahrheit einzusehen, genügt die einfache Erwägung, daß konstitutionelle Verhältnisse in dem Arbeitsprozeß auf dem Wege der Gesetzgebung eingeführt werden müssen.

Aus Japan und China.

Der Vertreter einer amerikanischen Firma schreibt nach der „Eisenzeitung“ aus Yokohama an sein Haus u. A.:

Die Geschäfte gehen hier nicht gerade ermunternd, denn die Art, wie die Japaner (Japs) Geschäfte zu machen belieben, sind eine vollständige Barriere für den Fremden. Der Japaner betrachtet Jeden mit Mißtrauen, überwacht jede Bewegung und zögert mit dem Abschluß bis zur Unerträglichkeit. Zwischen 12 bis 2 Uhr macht er überhaupt kein Geschäft und um 4 Uhr in der Abendstunde auch nicht. Alles geht zur Ver-

zweiflung langsam. Da man die Leute aber nicht antreiben kann, so müssen sich die Fremden dem Schlenbrian fügen.

Eine andere große Schwierigkeit ist es, die wirklichen Verbraucher zu erreichen. Alles, selbst das Gießereieisen geht mindestens durch einen, wenn nicht zwei und mehr Vermittler. Diese Leute sind verschwiegen wie das Grub und nichts ist aus ihnen herauszubekommen; noch nicht einmal, für was das Eisen gebraucht werden soll. Nur billig muß es sein, wie viel Ausschuß gegossen wird, danach fragen die Leute hier augenscheinlich gar nicht besonders, scheint doch die Zeit fast nichts zu kosten.

Aus Tokio schreibt derselbe Reisende: Ich finde es sehr schwer, mit den Japanern zurecht zu kommen. Sie stellen sich immer mehr auf sich selbst und verdrängen die Fremden vollständig. Wenn sie von den Fremden Waare kaufen, so geben sie deutlich zu verstehen, daß sie keiner Belehrung bedürfen und daß sie mehr von der Waare kennen, wie der Verkäufer. Thatsächlich hat man z. B. Lokomotiven von auswärts bezogen und sie hier zusammengesetzt, ohne daß man dem Verkäufer gestattete, dabei zugegen zu sein. Im Roheisengeschäft ist es allerdings noch nicht ganz so schlimm; der Japaner horcht auf alle Informationen, gibt aber selbst nicht die allergeringste Auskunft.

Man spricht viel von der Eröffnung eigener Erzfelder und der Errichtung eigener Hochofen und Walzwerke. Man will zunächst 60 000 Tonnen Schienen jährlich erzeugen und hat ca. 4 Millionen Yen Kapital investirt. Die kürzlich zurückgekehrten Ingenieure haben sich in Deutschland Ideen gekauft. Etwas Roheisen wird z. B. in Japan bereits gemacht, ich glaube es sind ungefähr 5000 T.

Was mich sehr überrascht hat, ist die Thatsache, daß man in den Werken kaum Fremde mehr beschäftigt findet. Die Japaner kontrolliren ihre Industrie völlig selbst. Man beschäftigte die Fremden eine Weile, um ihnen ihre Methoden und Ideen abzugucken; dann hieß es einfach: hinaus! Da nun der Japaner nicht zu verbessern, sondern nur zu kopiren vermag, so sind die Maschinen in schlechter Beschaffenheit und hinter der Zeit zurück. Es ist daher nicht einzusehen, daß der Japaner innerhalb einer nahen Zukunft im Osten ein gefährlicher Konkurrent für Amerika werden könnte.

Von Nagasaki schreibt derselbe Berichterstatter: „Die Geschäftslage ist hier sehr gedrückt, das Geld knapp und das Gewerbe schwach beschäftigt. Die Gießereien von Yokohama, Tokio, Osaka und Nagasaki, die vier bevölkerlichsten Distrikte sind zahlreich, aber nur sehr klein. Es gibt zwar Ausnahmen, aber deren sind nur sehr wenige an der Zahl. Es sind dies auch keine großen Gießereien, sondern sie umfassen eine Anzahl kleinerer Schmelzen, an die sie Arbeit unterverdingen.“

Es gibt im Lande eine Menge ganz kleiner Gießereien, die nur 40—50 Fuß im Quadrat bedecken und etwa 30—200 T. Eisen im Jahr vergießen. Die Leute kaufen immer nur so viel, wie sie gerade brauchen; sie machen alles, was klein ist, meist Kessel, Pfannen und Küchensachen und auch Reparaturen für kleine Maschinen. Diese kleinen Schmelzen verbrauchen den größten Theil des nach Japan eingeführten Eisens. Da sie meist von der Seeküste ziemlich entfernt liegen, so muß das Eisen in etwa 3 ob“ große Stücke zerkleinert und in Säcke zu 100 Pfd. verpackt werden.

Die Kupulöfen sind sehr klein. Sie haben 24“ Durchmesser, wohl auch mal bis zu 30“. Um tragbar zu sein, sind sie in Abtheilungen getheilt, die zusammen eine Höhe von 8—10“ erreichen. Sie stehen im Raum, wie ein eiserner Ofen. Koke und Eisen werden oben hineingeworfen und wenn die Hitze niedergeschmolzen ist, wird gereinigt. Der Wind wird mit Bälgen erzeugt, die durch Hand- oder Fußkraft bewegt werden. Die Koke ist von sehr geringer Beschaffenheit. Aus diesen Gründen ist es erforderlich, das Eisen in kleinen und leicht schmelzbaren Stücken zu verwenden.

Die Gieger sind arme Teufel und haben bei den Fremden nicht den mindesten Kredit; neun Zehntel der Firmen haben keine Namen und ihre Eigenthümer sind unbekannt. Sie kaufen ihr Eisen in Posten von 100 bis 500 Pfund auf einmal, und für diesen Betrag gibt ihnen der Händler Kredit. Die Händler halten fest zusammen; in Yokohama und Nagasaki bilden sie sogar einen ganz artigen Ring, um sich gegen die Fremden zu schützen. Gegen die Amerikaner scheinen sie eine große Abneigung zu haben; man sagt, sie hätten einmal einen größeren Posten sog. „Alabama“-Eisen bezogen, das sich als hart und unbrauchbar erwies.

Das chinesische Roheisen wird nur von den chinesischen Regierungswerken hergestellt und wird nur in Nagasaki verkauft, d. h. nur dann, wenn die Chinesen

für die Ausfuhr etwas übrig haben. Es sieht aus wie Holzkohlenroßstein und ist sehr dicht und schwarz. Es ist stark und verarbeitet sich gut, doch haben die Japaner ein Vorurtheil gegen Alles, was aus China kommt. Im Preise steht es wie das amerikanische. Das in Japan hergestellte Eisen ist ganz kurzbrüchig, niedrig in Mangan-, Schwefel- und Phosphorgehalt.

Die Lage der Spengler in Frankfurt a. M.

In Nr. 20 ds. Bl. besprachen wir die sozialstatistischen Erhebungen der organisierten Metallarbeiter in Frankfurt a. M. und versprachen auf die in der betreffenden Broschüre gesondert dargestellte Lage der dortigen Spengler noch gelegentlich zurückzukommen, was hiemit geschieht. Der betreffenden Darstellung liegen die Angaben auf 116 Fragebogen und aus 39 Werkstätten zu Grunde; in 34 derselben waren zur Zeit der Erhebung — Frühjahr 1897 — 474 Personen beschäftigt, während bezüglich der übrigen 5 Werkstätten keine Angaben über die daselbst beschäftigten Arbeiter gemacht wurden. Von den 474 Personen sind 380 Gehilfen, 64 Lehrlinge, 3 Hausburthen und 27 Mädchen. 50 waren verheirathet und 66 ledig; 92 wohnten in Frankfurt, 24 in Nachbargemeinden. 35 Verheirathete besaßen zusammen 88, 15 keine Kinder; 27 Familien hatten je 1—3, 8 Familien je 4—6 Kinder. 25 Geschäfte hatten von 1—10, 5 je bis zu 20, 3 je bis zu 40 und 1 Geschäft 120 Gehilfen. In 13 Geschäften war kein Lehrling, in 12 je 1, in 7 je 2 und dann in je 1 Geschäft 3, 4, 7, 9 und 15 Lehrlinge angestellt. Im Durchschnitt entfielen auf 11 Gesellen 2 Lehrlinge; eine Firma, Albrecht & Kempf, hatte auf 11 Gehilfen 9 Lehrlinge!

Was die Entlohnung anbetrifft, so arbeiteten im Stundenlohn 108, im Wochenlohn 8 Gehilfen; Akkordarbeit kommt selten vor. Der höchste Lohn pro Stunde betrug 48 J., der niedrigste 20 J., durchschnittlich 34 J. 23 Gehilfen erhielten 20—30 J., 84 31—40 und 8 41—50 J. Der höchste Wochenlohn betrug 25 M., der niedrigste (Lehrling) 2 M., durchschnittlich M. 17,62. Ein Vergleich mit den Spenglerlöhnen an einigen anderen Orten ergibt folgende Uebersicht. Es verdienen pro Woche die Spenglergehilfen in:

Table with 6 columns: Ort, Mini., Maxi., Durchschn., Akkordlohn Mini., Maxi., Durchschn. Locations include Frankfurt a. M., Offenbach a. M., Leipzig, Braunschweig, Bern.

Die Tabelle zeigt, daß in Offenbach der niedrigste und in Bern der höchste Durchschnittslohn verdient wird; die Spengler in Frankfurt a. M. stehen in vorletzter Linie. Die Kosten der Lebensunterhaltung sind bekanntlich von Ort zu Ort bezüglich des einen oder anderen Postens verschieden, indes darf man ruhig behaupten, daß die Löhne an allen fünf Orten sehr verbesserungsbedürftig sind, da sie keiner mehrköpfigen Familie ein halbwegs anständiges Auskommen ermöglichen.

Dem Alter nach stehen 16 Personen unter 20 Jahren, 67 zwischen 20 und 29, 23 zwischen 30 und 39 und 10 Personen zwischen 40 und 50 Jahren. Der älteste Arbeiter war 50 Jahre alt. Das Durchschnittsalter stellt sich auf 27,2 Jahre.

Die effektive tägliche Arbeitszeit betrug in 2 Geschäften je 9, in 2 je 9 1/2 Stunden, in 33 je 10 und in 2 je 10 1/2 Stunden. Die Arbeitszeit von 10 und unter 10 Stunden war demnach überwiegend. In 32 Geschäften bestand eine 1-, in 7 eine 1 1/2-stündige Mittagspause; 28 Geschäfte hatten je eine 1/2-stündige, 7 je 1/4-stündige Vor- und Nachmittagspause.

Die Arbeitsdauer fiel in 19 Geschäften in die Zeit von 7—7 Uhr, in 5 von 6—6 Uhr; in 9 Geschäften war sie nicht genau geregelt. Während des Winters wird die Arbeitszeit in 10 Geschäften verkürzt.

Ueberstunden und Sonntagsarbeit kommen in der Messnererei nicht oft vor. Für erstere wird theils nur der gewöhnliche Lohn bezahlt, was entschieden ungenügend ist, theils 20—35 Proz. Lohnzuschlag; für Sonntagsarbeit wird ein solcher von 50 Proz. geleistet, für auswärtige Arbeit (auf Montage) 1—1,50 M.

Die Lohnzahlung ist in 33 Geschäften eine wöchentliche, in 4 vierzehntägig. 36 Geschäfte zahlen den Lohn am Samstag, 3 am Freitag aus. Lohnkonten werden in 16 Geschäften einbehalten und

*) Aus der betreffenden Braunschweiger Fabrik (Boigt-Länder & Sohn, optische Anstalt) ist nur der Durchschnittslohn von 35 M. angegeben.

zwar die Löhne von einem Tag bis zu einer Woche. Bußenabzüge für Zuspätkommen und dergleichen werden selten gemacht.

Ueber die Wohnungspreise werden folgende Angaben gemacht. Eine einzimmerige „Wohnung“ kostet in der Stadt Frankfurt a. M. 16 M., 18 bis 25 M. per Monat! Eine zweizimmerige Wohnung kostet in Frankfurt 18—30 M., durchschnittlich 24,75 M., in Rodenheim 20,13 M., in den Landgemeinden 6,66 M., 9 M., 11,65 M., 12,50 M. bis 15 und 20 M., in Offenbach a. M., wo auch die Familie eines in Frankfurt arbeitenden Spenglers wohnt 18,33 M.; eine dreizimmerige Wohnung kostet in Frankfurt 30—40,80 M., durchschnittlich 32,50 M. per Monat, in Rodenheim 24 M., in den Landgemeinden 12,50—26 M. Ein Arbeiter, der in Rodenheim ein eigenes Haus besitzt, bewohnt vier Zimmer. 3 Familien bewohnen je 1, 29 je 2 und 13 je 3 Zimmer, eine Familie 4 Zimmer.

Die ledigen Personen bezahlen pro Monat für ein Zimmer resp. Logis 5—15 M., durchschnittlich 10,50 M.

Alle diese sozialen Darstellungen würden noch erheblich werthvoller gemacht, wenn ihnen einige auf alltäglichen Bucheintragungen beruhende Haushaltsrechnungen beigegeben werden könnten. Erst diese gestatten einen näheren Einblick in die Lebensweise und das Familienleben des Arbeiters; zeigen, ob die Ernährung, Kleidung, Körper- und Geistespflege genügend sind und in welchem Verhältnis zu den Kosten des Haushalts das Lohnneinkommen des Mannes steht. Aus diesen Haushaltsrechnungen ersieht man dann erst häufig, daß die Frau oder der Schulle entlassene Kinder mit verdienen müssen, daß von der kleinen Wohnung noch ein Theil an Astermiether abgegeben ist, daß für Arzt und Apotheke manche Mark ausgegeben werden muß, da ja gerade in den Arbeiterfamilien die meisten Krankheiten vorkommen, kurz solche Rechnungen ermöglichen erst im Zusammenhange mit der Darstellung der Arbeitsverhältnisse ein einigermaßen übersichtliches Durchschnittsbild der Lebenslage des Arbeiters. Darauf sollte man bei den sozialstatistischen Erhebungen nicht vergessen.

Das Lebensalter der Proletarier.

Die Berufszählung vom 14. Juni 1895 liefert Material zu Betrachtungen über die Vertheilung der Bevölkerung je nach Berufsgruppen und sozialen Gruppen auf die verschiedenen Altersklassen und dieses Material wirft ein scharfes Licht auf die sozialen Zustände Deutschlands.

Der Aufbau der Bevölkerung nach Altersklassen ist naturgemäß derart, daß die Jugend am stärksten vertreten ist, während die Zahl mit Zunahme des Alters abnimmt. Für das genannte Jahr ergeben sich folgende Zahlen:

Table showing population percentages by age group: 1-20 Jahren (43,99%), 20-40 (29,28%), 40-60 (18,53%), 60-70 (5,23%), 70 Jahren und darüber (2,90%), total 100,00%.

Wie stellt sich nun die Altersgliederung desjenigen Theiles der Bevölkerung dar, welcher am Erwerb theilnimmt? In einer normalen Gesellschaft würde das Kindesalter und das Greisenalter in dieser Gruppe überhaupt nicht vertreten sein; die Arbeit der Erwachsenen, im Vollbesitz der Kräfte befindlichen Bevölkerung müßte genügen, um den Unterhalt der Kinder und Greise zu sichern. Anders in der kapitalistischen Gesellschaft: Der Unterhalt muß aus dem Lohne der Arbeiter bestritten werden und dieser reicht nicht aus, die Kinder und Greise müssen am Erwerb theilnehmen. Zwar wird seit Jahren viel Aufhebens gemacht über den Kinderbeschäftigung in Deutschland, und trotzdem sind von 14 734 000 Kindern unter 12 Jahren 32 700 direkt erwerbsthätig und 8000 müssen ihren Unterhalt als Diensthoten suchen. Ueber 40 000 Kinder im jüngsten Alter werden also an die Arbeit gespannt! Von den 2 120 000 Kindern im Alter von 12—14 Jahren sind erwerbsthätig (mit Einschluß der Diensthoten) 174 455 oder nahezu 8 Proz. In der nächsten Altersstufe von 14—16 Jahren sind unter den 2 114 000 bereits 1 285 000 erwerbsthätig, d. h. über 50 Proz.

Diese Zahlen beweisen mit aller Deutlichkeit, daß der Kinderbeschäftigung noch bei Weitem ungenügend ist, daß eine Ausdehnung des Betriebes, Kinder unter 12 Jahren zu beschäftigen, unbedingt auf die Landwirtschaft, das Handwerk und die Hausindustrie ausgesprochen werden muß.

Wenden wir uns nun zu der Eintheilung der Erwachsenen auf die verschiedenen Altersklassen, so ist folgende Tabelle besonders interessant:

Table showing the age distribution of 100 employed persons: unter 20 Jahren (1,3%), von 20-30 (11,2%), 30-40 (24,1%), 40-50 (25,0%), 50-60 (21,8%), 60-70 (12,3%), 70 u. mehr Jahr (4,3%), total 100,0.

II. Unter 100 Erwerbsthätigen jeder Altersklasse waren:

Table showing the distribution of 100 employed persons by age class: unter 20 Jahren (1,7%), von 20-30 (13,1%), 30-40 (36,3%), 40-50 (47,9%), 50-60 (54,4%), 60-70 (57,8%), 70 u. mehr Jahr (61,0%), total 28,9.

Tabelle 1 besagt: Von den Arbeitern sind 78 Proz. nicht älter als 40 Jahre, 18 Proz. stehen im Alter von 40—60 Jahren und nur 4 Proz. sind älter als 60 Jahre. Unter den Selbstständigen dagegen sind 36,6 Proz. jünger als 40 Jahre, 46,8 Proz. stehen im Alter zwischen 40 und 60 Jahren, während 16,6 Proz. über 60 Jahre alt sind. Tabelle II ergänzt die erste, sie zeigt, daß, während im Durchschnitt auf 100 Erwerbsthätige 67,8 Arbeiter und 28,9 Unternehmer kommen, in den Altersklassen unter 30 Jahren die Arbeiter weitans überwiegen, in den Altersklassen von über 50 Jahren dagegen überwiegen die Unternehmer. Die Letzteren sind in der Klasse unter 20 Jahren fast gar nicht vertreten! Nur die Jugend der Arbeiterklasse ist gezwungen, früh zum Erwerb zu greifen. Unter den bejahrten Renten überwiegen die Unternehmer weitans, die Arbeiter bleiben in der Minderzahl. Das bedeutet: Die Kräfte der Arbeiterklasse werden in der Jugend und im ersten Mannesalter so überanstrengt, daß nur wenige Arbeiter ein hohes Alter erreichen und auch diese Wenigen werden zum weitans größten Theil arbeitsunfähig und fallen ihren erwachsenen Kindern zur Last, oder der Armenpflege. Die besitzende Klasse dagegen schon ihre Kraft in der Jugend, tritt erst spät in's Erwerbsleben ein und bleibt bis in's hohe Alter erwerbsfähig.

Das Bild wäre noch ein bedeutend krasser, wenn nicht unter der Rubrik der „Selbstständigen“ die Bauern und Hausindustriellen mitgezählt wären.

Die brutale Thatsache, welche von diesen Zahlen bestätigt wird, ist natürlich für die Verfechter von „Ordnung und Recht“ im höchsten Grade unangenehm. Es ist der Gedanke peinlich, daß die vielen Millionen des arbeitenden Volkes ein hohes Alter nicht erreichen, daß ihr Leben durch harte Arbeit und Entbehrung gekürzt wird, daß — sagen wir — unjüngere viel gelobte Kultur Blüthen treibt, gedüngt durch Leichen von Millionen früh gestorbener Proletarier. Die Bearbeiter des statistischen Materials in dem Regierungsamte zu Berlin haben sich denn auch genötigt, den Zahlen eine andere Deutung zu geben: Sie konstatieren, daß über drei Fünftel aller Arbeiter unter 30 Jahre alt sind und in den höheren Altersklassen ihre Zahl geringer wird — indem sich ein Theil der Arbeiter in die Stufe der Angestellten und Selbstständigen emporschwingt. Das ist eine nette, pure Unwahrheit. In die Klasse der Angestellten können sich die Arbeiter nicht emporschwingen haben, denn auch die Zahl der Angestellten nimmt, wie die Tabellen zeigen, absolut und relativ ab mit zunehmendem Alter. Von einem „Emporschwingen“ in die Klasse der Selbstständigen, der Unternehmer, in einer Zeit zu sprechen, wo die Konzentration des Kapitals rapid zunimmt, wo zur Gründung eines Geschäfts mehr Kapital gehört, als der Arbeiter in seinem ganzen Leben an Lohn erhält, wo schließlich die Zahl der „Selbstständigen“ selbst wenn man die Hausindustriellen usw. „selbstständig“ nennen will, sich relativ verringert (seit 1882 bis 1895 um über 3 Proz.) ist ein absoluter Blödsinn.

(„Sächs. Arb.-Ztg.“)

Weibliche Fabrikinspektoren.

Zwei Assistentinnen der Fabrikinspektion von Baden sollen dem Antrag der sozialdemokratischen Landtagsfraktion entsprechend laut Beschluß der Kammer in dem folgenden Budgetjahr angestellt werden. Die sozialdemokratische Fraktion der badischen Kammer hatte einen Antrag eingebracht, der eine weitere Ausgestaltung der Fabrikinspektion bezweckte. Dieser Antrag forderte die folgenden Neuerungen: 1. In größeren industriellen Gebieten des Landes sind Unterinspektionen zu errichten, denen auch die Ueberwachung der Gewerbe- und Handelsbetriebe, der Hausindustrie u. obliegt. 2. Zum Schutze der weiblichen Arbeiterchaft werden weibliche Fabrikinspektoren ernannt. 3. Die Wahl der für diese Erweiterung des Fabrikinspektorats benötigten Beamten geschieht mittels geheimer und direkter Abstimmung durch die Arbeiterchaft der betreffenden Distrikte.

Der vom Zentrumsmittglied Pfarrer Schuler verfaßte Bericht der Kammerkommission, die sich mit dem Antrage zu beschäftigen hatte, ist eine 78 Seiten starke, sehr fleißige Arbeit über die Gewerbeaufsicht in Deutschland und dem Auslande. Die Beschlüsse der Kommission standen jedoch im Widerspruch zu dem beigebrachten Material. Die Kommission beschloß nämlich, die Kammer wolle: 1. Ueber die geforderte Ausdehnung der Fabrikinspektion auf Handel und Hausindustrie nicht verhandeln, weil der Landtag zu einer diesbezüglichen Aenderung der Gesetzgebung nicht kompetent sei. 2. Den Antrag auf Schaffung von Unterinspektionen ablehnen, dagegen die Regierung ersuchen, die Frage der Dezentralisation weiter zu prüfen und dieselbe in's Werk zu setzen, sobald alle der Reichsgewerbeordnung unterworfenen gewerblichen Anlagen auch der Gewerbeaufsicht unterstellt werden. 3. Die Regierung auffordern, zwei zur Fabrikaufsicht geeignete Personen auszuwählen und ausbilden zu lassen und im nächsten Budget die Mittel vorzusehen, damit dieselben als Assistentinnen der Gewerbeaufsicht angestellt werden können. 4. Den Antrag auf Wahl der Aufsichtsbeamten durch die Arbeiter ablehnen, dagegen die Regierung auffordern, für Bestellung von Vertrauenspersonen als Vermittlungsorgane besorgt zu sein. Der Vertreter der Regierung hatte in der Kommission den Antrag auf Wahl der Aufsichtsbeamten durch die Arbeiterchaft als durchaus unannehmbar erklärt, „weil die Gewerbeordnung in § 189 b, 1 deren Ernennung durch die Landesregierungen vorschreibt und weil man sich nicht einseitig auf den Standpunkt der Arbeiter stellen dürfe.“

Die Kommission trat diesem Standpunkt bei, erklärte sich dagegen einstimmig für die Bestellung von Vertrauenspersonen. Betont wurde, daß die Nothwendigkeit sich herausgestellt habe, zwischen Fabrikinspektion und Arbeiterchaft ein

Mittelglied zu schaffen, welchem Arbeiter und Arbeiterinnen ihr volles Vertrauen entgegenbringen können, und welches die Arbeiten der Fabrikinspektion zu fördern im Stande ist. Die bisherige Thätigkeit der Vertrauenspersonen, zumal der weiblichen, habe manche Anregung zur Beseitigung von Missethänden gegeben. Der Beschluß der Kommission, die Ausbildung und Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren betreffend, wurde mit 9 gegen 7 Stimmen gefaßt. Als berufene Wortkämpferin für die proletarischen Interessen konnte die sozialdemokratische Landtagsfraktion mit den Beschlüssen der Kommission nicht einverstanden sein. Sie stellte ihnen vielmehr bei den Kammerverhandlungen einen Gegenantrag entgegen, der auch von den Demokraten unterzeichnet wurde. Dieser Antrag weicht von dem früher eingebrachten in mehreren Punkten ab, und dies mit Rücksicht auf die Anträge, welche zur Reform der Gewerbeaufsicht des ganzen Reiches seitens der Sozialdemokratie im letzten Reichstage eingebracht und die noch nicht erledigt worden sind. Der Antrag lautete: „Die zweite Kammer wolle beschließen: 1. Die großherzogliche Regierung zu ersuchen, in den größeren Industriebezirken des Landes Unterinspektionen zu errichten. 2. Die Regierung aufzufordern, zwei zur Fabrikaufsicht geeignete weibliche Personen auszuwählen und auszubilden zu lassen und im nächsten Budget die Mittel vorzusehen, damit dieselben als Assistentinnen der Gewerbeinspektion angestellt werden können. (Entspricht Punkt 3 des Kommissionsantrags.) 3. Die Regierung aufzufordern, für Bestellung von Vertrauenspersonen als Vermittlungsorgane besorgt zu sein und bei der Anstellung von nicht akademisch gebildeten Beamten der Gewerbeinspektion den Arbeitern das Vorschlagsrecht einzuräumen.“

Die Kammer nahm diese Anträge mit großer Mehrheit an, ebenso den Antrag der Kommission, über die Ausdehnung der Gewerbeaufsicht auf Handel und Hausindustrie nicht zu verhandeln. Genosse Dreesbach begründete die sozialdemokratischen Forderungen in äußerst wirksamer Weise. Zur Frage der Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren verwies er u. A. auf die immer ausgebehrtete Verwendung weiblicher Arbeitskräfte. Die Gesellschaft habe die Verpflichtung, das Erwerbaleben des weiblichen Geschlechts zu fördern, die wirtschaftlichen und sittlichen Interessen der Arbeiterinnen zu schützen und ihnen ausgiebigen Schutz zu gewährleisten. Die nötigen Mittel für die Anstellung von zwei Assistentinnen der Fabrikinspektion seien in das nächste Budget einzustellen. Die Fabrikinspektion sei in erster Linie zum Schutze der Arbeitererschaft und nicht der Fabrikanten geschaffen worden. Daher auch die Forderung, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen betreffs der Wahl der Aufsichtsbeamten Vorschläge machen sollten, auf Grund deren die Regierung die Ernennung vollziehe. Jedenfalls müßten die Vertrauenspersonen das Vertrauen der Arbeitskräfte besitzen. Ministerialdirektor Schenkel erklärte, daß die Regierung im Allgemeinen mit den Anträgen der Kommission einverstanden sei, und daß sie auch nichts gegen Unterinspektionen einzuwenden habe, wenn solche sich als notwendig erweisen. Was die Anstellung von Assistentinnen anbelange, so sei die Regierung der Ansicht, daß Frauen von guter allgemeiner Bildung mit der erforderlichen Sachkenntnis auszurüsten und zu verwenden seien. Gegen diesen Standpunkt wendete sich in sehr zutreffender Weise der Nationalliberale Fieser. Er betonte die Nothwendigkeit, bei Anstellung von Assistentinnen nicht in erster Linie auf eine umfassende allgemeine Bildung zu sehen, vielmehr auf das Vertrautsein mit den Verhältnissen der Arbeiterinnen und auf praktische Erfahrungen. „Unter den Frauen, die in der Fabrik gewesen sind“, so sagte er, „wird man genug Klare und erfahrene Köpfe finden, die befähigt sind, Gehilfinnen des Fabrikinspektors zu sein.“ Herr Fieser erklärte außerdem, daß er für den ganzen sozialdemokratischen Antrag stimme, „der nichts Unbefehdendes verlange“.

Warum Herr Fieser und mit ihm sehr viele Nationalliberale des badiſchen Landtags auf einmal ihr arbeiterfreundliches Herz entbedt haben, das bekannte der Führer der Fraktion Drehscheibe mit schöner Offenheit: das Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen bei den Reichstagswahlen hat gewarnt. „Der 16. Juni wird wieder vielen Leuten die Augen geöffnet und ihnen gezeigt haben, daß es nothwendig ist, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen und Alles zu thun, um zum Frieden zu gelangen“, so erklärte er. Der Druck von unten hat also wieder einmal seine Wirkung gethan und die Einsicht erzwungen, welche Thatsachen über Thatsachen seit Langem vergeblich predigten. Der badiſche Landtag hat mit seinen Beschlüssen einen entscheidenden und guten Schritt vorwärts zur Reform der Gewerbeaufsicht gethan. Damit diese Beschlüsse in die That umgesetzt werden, müssen sie allerdings noch die Billigung der Ersten Kammer und der Regierung finden. Aber nach den Erklärungen des Regierungsvertreters ist diese Billigung so gut wie gewiß, eine Ausnahme dürfte eventuell nur bezüglich des Punktes eintreten, welcher das Vorschlagsrecht der Arbeitererschaft bei der Wahl der nichtakademisch gebildeten Aufsichtsbeamten fordert. Was insbesondere die Anstellung von weiblichen Gewerbeinspektoren anbelangt, so ist dieselbe nun endgiltig gesichert. Mit Preußen und Bayern darf Baden den Ruhm beanspruchen, Verstandnis für eine Reform gezeigt zu haben, welche im Interesse von vielen Tausenden von Arbeiterinnen unbedingt nöthig ist.

„Gleichheit.“

Aus Oesterreich.

Wien, 9. Juli.

Unsere „Staatsmänner“ sind wieder einmal beim Ende ihres Regierungslebens angelangt, sie haben über einen großen Theil Galiciens das Standrecht und den Ausnahmezustand verhängt. In diesem Lande führte die brutale Ausbeutung, welche von den adeligen Grundbesitzern in der schamlosesten Weise betrieben wird, zu Mäuerungen und Revolten und weiß die Regierung selbstredend keine anderen Mittel als Feger und Polizei. Obwohl die sozialdemokratische Arbeitererschaft den dortigen Unruhen vollständig fern steht, werden die gesammten Arbeiterorganisationen aufgefordert, die sozialdemokratischen Blätter unterdrückt und die Arbeiter eingekerkert und in der unverschämtesten Weise drangsalirt. Namenloses Elend wird wohl über zahlreiche Familien hereinbrechen, ungezählte Existenzen werden wieder vernichtet

werden, aber die Absicht der polnischen Schlachta: der Arbeiterbewegung den Garaus zu machen, wird trotz alledem nicht erreicht werden.

Im Laufe dieser Woche spielte sich hier ein Prozeß ab, der nach mehr als einer Seite weit über die Grenzen Oesterreichs Aufsehen erregend ist. Wir meldeten über den vor kurzer Zeit erfolgten Sieg der sozialdemokratischen Forderungen bei den Genossenschaftswahlen über den christlich-sozialen Gehilfenobmann Reichsrathsabgeordneten Arzmann. Darob große Entrüstung in den Kreisen der christlich-sozialen Partei, denn Arzmann ist ein Schooßkind des Führers der Christlich-Sozialen, des Dr. Rieger. Durch den Sieg unserer Parteigenossen kamen die Christlich-Sozialen in die unangenehme Lage, eines ihrer stärksten Hölzwerke zu verlieren und wurde ihnen hierdurch die Möglichkeit genommen, sich als sogenannte „Arbeiterpartei“ auszuspielen. Es wurde deshalb Alles aufgeboten, um die Wahlen zu annulliren. Der Magistrat der Stadt Wien — das ist die Gewerbebehörde erster Instanz — steht ganz unter dem Einflusse der christlich-sozialen Partei und erfüllte den Befehl der Parteiführer, er annullirte die Wahlen und setzte den früheren Obmann Arzmann in ganz willkürlicher Weise in die Rechte des Vorstandes ein. Nicht genug daran, nahmen Beamte des Magistrates in ganz ungehöriger Weise Haussuchung in den Lokalitäten des Vereines der sozialdemokratischen Kaufmannsgehilfen vor. Der Staatsanwalt mußte nothgedrungen Weise die Anklage wegen Verletzung des Gesetzes zum Schutze des Hausrechtes erheben und endete die Verhandlung mit der Verurtheilung der angeklagten Beamten. Die Verhandlung währte volle sieben Stunden und warf grelle Streiflichter auf die im Wiener Magistrat herrschende Korruption. Unter großer Spannung des zahlreich erschienenen Auditoriums verkündete der Richter nachstehendes Urtheil: Die Angeklagten Viktor Tschau, Hans Bednarich und Julius Sigris sind schuldig der Uebertretung des § 4 des Gesetzes zum Schutze des Hausrechtes vom 27. Oktober 1862, begangen dadurch, daß dieselben widerrechtlich bei dem Vereine der kaufmännischen Angestellten eine Hausdurchsuchung vornahmen, beziehungsweise vornehmen ließen und werden verurtheilt: Magistratsdirektor Tschau zu einer Geldstrafe von dreihundert Gulden eventuell zu einer Woche Arrest, Hans Bednarich zu einer Geldstrafe von hundert Gulden eventuell fünf Tagen Arrest, und Julius Sigris zu fünfzig Gulden eventuell drei Tagen Arrest. Ferner haben sämtliche Angeklagte solidarisch die Prozeßkosten zu tragen und dem Vereine zwei Gulden für den Wagen und fünf Gulden als Buße für Schimpf und Schande zu ersetzen.

Die arbeiterfeindliche Haltung unserer Wiener Stadtväter trat in der Gemeinderathssitzung vom 8. d. M. wieder ganz unverbüllt zu Tage. Der Bürgermeister legte den Vertrag zwischen der Kommune und einer belgischen Aktiengesellschaft, die eine Konzeption für den Bau und den Betrieb einer Wasserleitung erworben hat, vor. Bei der Berathung des Gegenstandes stellte der einzige Sozialpolitiker im Wiener Gemeinderathe, der Lehrer Sonntag, zwei Anträge, die bezwecken, daß die Gemeinde Wien auf die Entlohnung und die Arbeitszeit der bei der Gesellschaft beschäftigten Arbeiter bei der Vertragsschließung Einfluß nehme. Nach diesen Anträgen hätte die Gesellschaft einen Mindestlohn von 2 fl. täglich und die 8stündige Arbeitszeit einzuführen. Obwohl die Berechtigung und Nothwendigkeit genannter Anträge klar zu Tage liegt, lehnten die christlich-sozialen Demagogen diese vernünftigen Anträge ab.

Die Wahlen für die Gewerbegerichte in Brünn und Reichenberg endeten mit einem Siege der sozialdemokratischen Liste. In Bielitz unterlagen die organisirten Arbeiter gegen die gegnerischen Kandidaten.

Der Ausstand der Goldschmrankhoffer der Wiener Firma Hesch ist mit einem Erfolge beendet. — Der Ausstand der Zinsbrüder Spenglergehilfen dauert ungeschwächt fort. Bis jetzt hat nur ein Unternehmer die Forderungen bewilligt und nahmen in dieser Werkstätte die Arbeiter die Arbeit auf. Die Meister wenden die verschiedensten Einschüchterungsversuche an, um die Streikenden wankelmüthig zu machen. Die Genossenschaft richtete an die Gehilfen eine Zuschrift, in welcher mitgetheilt wird, daß diejenigen Gehilfen, welche am 4. Juli die Arbeit nicht aufgenommen haben, als entlassen betrachtet und daß deren Arbeitsbücher bei der Behörde hinterlegt werden. Diese Drohung hat auf die Streikenden nicht den geringsten Eindruck gemacht und halten dieselben an den gestellten Forderungen unverbrüchlich fest. Die Meister haben den Beschluß gefaßt, daß Derjenige von ihnen, welcher die Forderungen der Gehilfen zuerst bewilligt, 100 fl. Strafe zu zahlen hat. — In der Alzgerdorfer Maschinen- und Brückenwaagenfabrik der Firma G. Schember u. Söhne führten Differenzen zu einem Streik der Arbeiter, welcher jedoch nach stätiger Dauer mit einem Siege der Arbeiter endete. — In der Eisengießerei der Bodensbacher Firma Garm's stellten die gesammten Former die Arbeit ein, weil der Unternehmer von den Arbeitern den Austritt aus dem Verbands der Metallarbeiter forderte.

An die Metallarbeiter Berlins und Umgegend!

Werthe Kollegen! Die Wahlen zum deutschen Reichstag, welche ohne Zweifel alle Kräfte der organisirten Arbeiter in Anspruch nahmen, sind nun vorüber, es gilt neue emsige Thätigkeit unter den Angehörigen unserer Industrie zu entfalten. Durch die Wahlbewegung hat es ein Theil unserer Mitglieder unterlassen, Beiträge zu entrichten; an alle diese faumigen Mitglieder richten wir die dringende Aufforderung, das Versäumte nachzuholen.

Kollegen! Mehr wie je ist es nothwendig, unsere Organisation zu kräftigen. Die günstige Geschäftszeit hält auch in diesem Jahre noch an, der Verdienst unserer Unternehmer ist ständig gewachsen, sie alle haben in den letzten Jahren ihr Schäßchen ins Trockene gebracht.

Kollegen! Haben sich eure Arbeitsbedingungen in der gleichen Weise verbessert? Habt ihr einen wesentlichen Vortheil von der günstigen Konjunktur gehabt? Nein, und abermals nein! Wo Mehrverdienst zu verzeichnen war, habt ihr — mit geringen Ausnahmen — selbigen der verlängerten Arbeitszeit durch Ueberstunden zu danken. Können wir euch nicht an hunderten von Beispielen nachweisen, daß

trotzdem unsere Unternehmer Riesengewinne zu verzeichnen haben, Lohnabzüge an der Tagesordnung sind? Habt ihr gänzlich vergessen, welche brutale Vergewaltigung unserer Kollegen und Mitbrüder täglich durch die Organisation der Unternehmer und deren Kontroll-Bureau verübt wird?

Kollegen! Erinnert euch dessen, daß ihr auf euch selbst angewiesen seid. Alles steht zusammen, um die Arbeiter in ihren Forderungen zu bekämpfen, Groß- und Kleinfabrikant, Krautler und Bourgeois! Laßt ab von dem erbärmlichen Treiben, euch einander zu unterbieten, ihr schädigt euch und eure Mitarbeiter. Es gibt nur ein Mittel, unsere Lage zu bessern, Lohnabzüge zu verhindern: Unsere Organisation zu kräftigen. Eine starke Organisation ist die beste Gewähr für den wirtschaftlichen Frieden. Eine starke Organisation muß auch von dem verborgenen Unternehmer anerkannt werden; je kräftiger dieselbe, je weniger Streiks, je mehr werden die Arbeiter schon im Wege des Vergleichs erreichen. Darum Kollegen, wer leben und genießen will, wer Theil nehmen will am vollgedeckten Tische unserer Kultur, der ruhe und raste nicht, um auch die Faulen und Trägen, die Indifferenten aufzuklären und aufzurütteln, sie zur Organisation heranzuziehen.

Zwei Beispiele wollen wir heut für die Wichtigkeit des Gesagten beibringen. In den Werkstätten der Allgemeinen Elektrizitätswerke erschien unter dem 29. Juni d. J. folgende Bekanntmachung:

„Die Fertigstellung der 25,000sten Dynamo-Maschine und der damit erbrachte Beweis der ebenso schnellen als gedeihlichen Entwicklung unseres Werkes hat uns veranlaßt, der Unterstüßungskasse der Maschinen- und Armaturenfabrik den Betrag von 10,000 M. zu überweisen.“

Schön und lobenswerth von der Direktion and bald wird man deren Loblied in allen Tonarten in der bürgerlichen Presse singen. Aber dieser Betrag, Kollegen, ist eine Bagatelle im Vergleich zu dem, was den Arbeitern in diesem Werk seit Jahren durch fortgesetzte Lohnabzüge verloren gegangen ist. In diesem Werk sind es leider unsere Kollegen, die durch freiwilliges Anbieten von Ueberstunden die gezielte Entwicklung des Werkes über Gebühr gefördert haben. — Ohne starke Organisation kann auch der erbärmlichen Speichelleckerei und dem Angeberthum in unseren Kollegenkreisen nicht in der gebührenden Weise entgegengetreten werden.

Ein anderes Beispiel: In der Fabrik von E. Lehmann, Manteuffelstraße hatten unsere Kollegen seit länger als einem Jahre in der einen Abtheilung den neunstündigen Arbeitstag; damit nun die guten Schächsen in der Abtheilung des Messingwerks, welche zehn Stunden arbeiten, nicht durch die anderen Kollegen auf den Gedanken kommen können, diesen Vortheil auch für sich zu erringen, dekretirte Herr Lehmann, daß vom 1. Juli ab wieder zehn Stunden gearbeitet werde. Nachdem diese schwere Arbeit gethan — reiste Herr Lehmann nach Karlsbad — und überließ die Ausführung dieser Maßregel seinen Untergebenen. Alle Vorstellungen halfen nichts — „Herr Lehmann hat so bestimmt und wem es nicht paßt, der kann gehen.“ Die Arbeiter dieser Fabrik sind schlecht organisiert und müssen sich fügen.

Kollegen! Der Einzelne kann nichts erreichen, schließt euch zusammen, tretet dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande bei, nur so ist es möglich, uns zu schützen! Und ihr Kollegen, die ihr mit euren Beiträgen im Rückstand seid, holt das Versäumte nach. Alle Mann auf den Posten, keine Müdigkeit vorschützen, vorwärts! Nur so sind wir im Stande, uns zu wehren und bessere Lebensbedingungen zu erreichen.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bekanntmachung.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungiltig und aufzuhalten:

- Nr. 2886 des Mechanikers Matthias Eschhausen, geb. zu Nürnberg am 17. Oktober 1868.
- 95550 des Schlossers Franz Lehmann, geb. zu Leipzig am 31. Juli 1871.
- 132944 des Drehers Wilhelm Klug, geb. zu Oberad am 3. Dezember 1868.
- 146871 des Schlossers August Haider, geb. zu Straubing am 25. Februar 1877.
- 185762 des Klempners Franz Kulinski, geb. zu Borek am 23. März 1873.
- 239497 des ? Hermann Huppertsberg, geb. zu Bamern am 26. Juni 1870.
- 261071 des Schlossers Josef Pfister, geb. zu Berned am 24. Januar 1864.

Der Dreher Hermann Fleming, B. Nr. 158 301, geb. zu Magdeburg am 14. Oktober 1879, wird hiermit zur sofortigen Rechnungslegung über die in seinen Händen befindlichen 35 Beitragsmarken à 20 M., die er als Beitragssammler der Verwaltungsstelle Krefeld erhalten hat, mit besagter Verwaltung aufgefordert, andernfalls sein Ausschluß aus dem Verband erfolgt.

Der Schlosser August Henschke, B. Nr. 118 184, der sich in Neu-Ruppin von der Verwaltung unrechtmäßigerweise ein Darlehen aus Verbandsmitteln geben ließ, wird hiermit aufgefordert, dasselbe sofort nach hier zurückzuerstatten, andernfalls er aus dem Verband ausgeschlossen und wegen Betrugs strafrechtlich verfolgt werden müßte.

Vor dem Schlosser Heinrich Wilschke, geb. zu Remptow am 23. Februar 1869, Buch Nr. 150 865, wird hierdurch gewarnt. Wilschke macht es sich zur Aufgabe, an den Orten, wo er sich länger aufhält, die Leute zu pressen, Logischulden zu machen, er sucht sich in das Vertrauen der Kollegen hineinzudrängen, um nachher Vortheil für sich daraus zu ziehen. Er wird hiermit aufgefordert, sich gegen obige Vorwürfe zu rechtfertigen, andernfalls sein Ausschluß aus dem Verband erfolgt.

Der Gelbgießer Max Schulze, geb. zu Magdeburg am 23. August 1871 eintr. am 20. November 1894 zu

Beine unter B. Nr. 90 802, zuletzt wohnhaft in Magdeburg-Sudenburg, Helmsfelderstr. Nr. 24, III. L., wird hierdurch aufgefördert, unverzüglich seinen jetzigen Aufenthaltsort mitzutheilen. Kollegen, welche dessen genaue Adresse anzugeben in der Lage sind, wollen solche umgehend an uns einpenden.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160 II, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Formner.

Düsseldorf. Eine am 10. Juli abgehaltene öffentliche Formnerversammlung verhängte über sämtliche Gießereien Düsseldorfs die Sperre. Grund: die Machinationen der hiesigen Formnermeister, welche organisiert sind und es sich zur Aufgabe gesetzt haben, mißliebige Formner in D. überhaupt nicht mehr zu beschäftigen.

Mlenpner.

Düsseldorf. Die Differenzen bei Wortmann & Ebers sind zu Gunsten der Arbeiter, welche auf genannter Fabrik verhältnismäßig gut organisiert sind, geschlichtet. Der Zugang ist wieder frei.

Mannheim. In den „Oberrheinischen Metallwerken“ in Mannheim ist heute Früh ein Streik (70 Mann) ausgebrochen, weshalb Zugang von Spenglern, Schleifern, Drückern, Werkzeugmachern, Bernicklern und Arbeiterinnen fernzuzulassen ist. Bericht folgt.

Metallarbeiter.

Chemnitz. In der Webmaschinenfabrik von E. M. Auerbach stellten am 1. Juli die Dreher, Schmiede und Schlosser mit nur wenigen Ausnahmen die Arbeit ein. Den Anlaß hierzu gab nicht etwa eine Forderung für Verkürzung der Arbeitszeit oder gar eine solche für Lohnerhöhung, deren Anerkennung Herrn Auerbach vielleicht Schwierigkeiten bereitet hätte, sondern es waren Forderungen, deren Erfüllung nur der Humanität entprochen hätte. So z. B. forderten sie eine humanere Behandlung als sie bisher üblich war, auch wünschten sie zu wissen, wer außer dem Werkführer Bauer den Chef in dessen Abwesenheit zu vertreten, sowie die Arbeiter zu entlassen hat. Ferner wurde die Wahl eines Arbeiterausschusses verlangt, welcher letztere Forderung von sämtlichen dort beschäftigten Arbeitern anerkannt und unterzeichnet wurde. Man ist bei genannter Firma ein Herr Karl Wolf beschäftigt (Schwager des Herrn Auerbach), welcher vor 2 Jahren noch Färbereiarbeiter war; dieser erdreistete sich, einen Kollegen, welcher eben das Arbeitsverhältnis gelöst hatte, aber noch mit dem Einpaßen seiner Sachen beschäftigt war, hinauszuweisen. Der Kollege war nun der Ansicht, daß ihm wenigstens so viel Zeit gelassen werden müsse, als er zum Zusammenpacken seiner Sachen, sowie zum Reinigen seines Arbeitsplatzes brauchte. Doch Herr Wolf beehrte ihn eines Anderen, er faßte ihn kurzerhand an und führte ihn zur Werkstatt hinaus. Wer Lust hat, gehe in dieses Eldorado, willkommen wird jedenfalls Jeder sein, seitdem Herrn Wolf die Vollmacht eingeräumt wurde, den Chef in dessen Abwesenheit zu vertreten, sowie die Arbeiter nicht nur einzustellen, sondern sie auch hinauszuweisen. Bemerkenswert sei noch, daß als am andern Tage die Arbeiter kamen, um ihren Lohn und die Papiere in Empfang zu nehmen, Herr Auerbach sofort nach Polizei schickte und auch zugleich ein Schutzmann zur Stelle war, welcher aber keine Gelegenheit fand, Herrn Auerbach vor den entlassenen Arbeitern zu juchsen.

Erlangen. Wir ersuchen um Zurückhaltung des Zugangs aller Metallarbeiter, besonders von Fahrradfabrikarbeitern, wegen ausgebrochener Lohnhöhen.

Hannau. Die Mitgliederversammlung des D. M. S. am 2. Juli beschäftigte sich mit den letzten Vorberathungen bei der Firma G. D. Brader Söhne. Die Kollegen bei Brader berichteten, es sei von der Firma bekannt gemacht worden, daß von jetzt ab nicht mehr im Accord gearbeitet werde und zwar wegen schlechten Beschäftigungsganges. Daraus saßen sich einige Kollegen in Nachtheil verlegt, weil sie jetzt im Zeitlohn viel weniger verdienen sollten. So hatte ein Dreher, welcher 2 Drehbänke bediente, wöchentlich einen Verdienst von 40—45 M.; derselbe forderte im Zeitlohn 30 bis 32 M. für 2 Bänke. Das wollte die Firma nicht geben und so wurde der Dreher entlassen. Daraufhin erklärten sich sämtliche Dreher und Schlosser mit ihm solidarisch und legten am Samstag die Arbeit nieder. Nachdem dies geschehen war, wählten sie eine Kommission unter sich und stellten folgende Forderungen: 1) Einführung der 10stündigen Arbeitszeit (bisher 11 Stunden); 2) Beibehaltung des Lohnes bei 10stündiger Arbeitszeit wie bei 11stündiger. Diese Forderungen waren so gering, daß man sie nicht geringer stellen konnte, trotzdem wurde die Kommission 3 Mal unterhandelt. Abends 5 Uhr wurden die Forderungen bewilligt und so konnte am Montag die Arbeit wieder aufgenommen werden. — Es ließen sich 15 Kollegen in den Verband aufnehmen. Zum 2. Punkt erbatte Kollege Han Bericht von den Verhandlungen des Gewerkschaftsrates und kritisierte, daß die Kollegen die öffentlichen Versammlungen so schlecht besuchten; er forderte auf, sich in Zukunft besser an der Arbeiterbewegung zu beteiligen.

Mannheim. Vor Zugang nach den „Draisfahradwerken“ Balshof-Mannheim wird gewarnt, da die Direktion fortwährend Arbeiterentlassungen und Lohnreduktionen vornimmt. Sämtliche Arbeiter reichten am 9. Juli ihre Kündigung ein.

Kürnbere. Am 2. Juli fand im Schloss zur „Goldenen Rose“ eine kombinierte Mitgliederversammlung der hiesigen Sektionen des D. M. S. statt. In derselben erbatte die seiner Zeit eingesetzte Kommission, welche den Antrag hatte, sich mit den Metallindustriellen beizugehen, eine Arbeitszeitverkürzung ins Benehmen zu setzen. Bericht über ihre Tätigkeit. Die Kommission wandte sich seiner Zeit an den Vorsitzenden des Metallindustriellen-Verbandes, Herrn

Direktor Nieppel, ob die Unternehmer bereit wären, die Kommission zu empfangen, damit dieselbe die Forderungen der Arbeiter übermitteln könne. Die Metallindustriellen zeigten sich dazu bereit und bezeichneten Herrn Direktor Nieppel als Vertreter ihres Verbandes, demselben seien die Wünsche der Arbeiter vorzutragen. Darauf fand eine Sitzung der Kommission mit dem Herrn Direktor statt. Die Arbeiter forderten 9 1/2 stündige Arbeitszeit. Nachdem dies abgelehnt wurde, verlangten sie eine 9 1/2 stündige, allein der Herr Direktor erklärte, die Industriellen müßten an der 60stündigen Arbeitszeit festhalten. Nachträglich ging der Kommission ein Brief der Industriellen zu, in welchem die Ablehnung motiviert und darauf hingewiesen wird, daß, wenn eine weitere Aussprache von Seiten der Arbeiter gewünscht wird, für diesen Fall die Herren Direktor Nieppel, Generaldirektor Kuhlo und Fabrikbesitzer Haas vom Metallindustriellen-Verband ernannt sind. Sämtliche Verwaltungen der hiesigen Sektionen glaubten, die Kommission solle noch einen letzten Versuch machen, vielleicht sei doch die eine oder andere Bergünstigung in Güte zu erreichen. Es fand daraufhin am 19. Juni mit genannten Herren Unternehmern nochmals eine Sitzung statt. In derselben erklärten die Unternehmer, die Arbeiter möchten neue Momente geltend machen, die alten seien für sie erledigt. Nun blieb für die Arbeiter nichts Anderes übrig als eine letzte Forderung, und zwar auf Lohnerhöhung zu stellen. Sollte auch diese abgelehnt werden, so möchten die Unternehmer wenigstens, so lange die hohen Fleisch- und Brodpreise anhalten, eine Steuererhöhung zugunsten der Arbeiter. Von Seiten der Kommission wurde zur Rechtfertigung dieser Forderungen darauf hingewiesen, daß die hohen Mietpreise die Lohnerhöhungen, die in den letzten Jahren von dem einen oder anderen Unternehmer gewährt wurden, verschlungen haben. Ferner seien die meisten der Arbeiter, die Lohnerhöhungen erhalten haben, weit darüber hinaus von den Hausbesitzern gesteigert worden. Weiter seien eine große Anzahl von Arbeitern durch die Wohnungsnoth und hohen Mietpreise in die Vororte gedrängt worden und nun nicht mehr in der Lage, ihr Mittagessen zu Hause einzunehmen zu können, sie seien in Folge dessen gezwungen im Wirthshaus zu essen, wodurch diesen Arbeitern doppelte Auslagen erwachsen. Dazu komme aber noch, daß die hohen Brod- und Fleischpreise die Lage der Arbeiter sehr erschweren, daher eine Lohnerhöhung gewiß gerechtfertigt wäre. Wir meinten, daß 1 M. pro Stunde Zulage eine gewiß nicht unbedeutende Forderung sei. Weniger sei von den Arbeitern gefordert worden mit der Arbeitszeitverkürzung auf 9 1/2 Stunden, so daß dann eine 1 1/2 stündige Mittagspause üblich gewesen wäre; es wären dann bei 18 M. Durchschnittslohn ganze 3/4 M. auf die Stunde gekommen, welche die Industriellen „Verlust“ gehabt hätten. Es wäre mit der 1 1/2 stündigen Mittagspause den Arbeitern mehr gedient gewesen, als mit einer Lohnerhöhung, sie hätten dann, besonders diejenigen, die in den Vororten wohnen, im Kreise ihrer Familie das Mittagessen einnehmen können. Weiter wies die Kommission Herrn Nieppel nach, daß seine Berechnung bezüglich des Verlustes, welchen die Viertelstunde Arbeitszeitverkürzung den Unternehmern verursachen soll, stark übertrieben ist. Der Verlust beträgt keine 300,000 M., sondern 70,000 M. bei 3000 Arbeitern. Zudem kommt die Lohnerhöhung wie die Arbeitszeitverkürzung für einen Theil der Arbeiter nur formell in Betracht, nämlich für die Akkordarbeiter, die eventuell angestrengt arbeiten müßten, um die Viertelstunde mehr zu machen; von der Lohnerhöhung merkten dieselben überhaupt nichts. In Folge dessen würde sich auch die Summe von 70,000 M. ganz sicher noch auf die Hälfte reduzieren. In Kürnbere sind die Arbeiter seit 25 Jahren in Bezug auf die Arbeitszeitverkürzung um keinen Schritt vorwärts gekommen, die Industrie hat sich in der Zeit mächtig entwickelt, jetzige Gewinne haben die Unternehmer eingestreckt und es sei gewiß billig, den Arbeitern eine Viertelstunde weniger Arbeitszeit zu bewilligen. Die Kommission machte auch den Vorschlag, man möge den Arbeitern die 1 1/2 stündige Mittagspause gewähren, die Viertelstunde bis zum 1. Januar aber nicht bezahlen, damit die Herren sich überzeugen können, daß dasjenige Produktionsquantum hergestellt wird, wie in 10 Stunden. Die Unternehmer widersetzten, die Lohnerhöhung könne von dem Verband der Unternehmer nicht generell geregelt werden, denn die Löhne seien hier am Orte so verschieden, daß daran nicht zu denken sei. Bezüglich der Steuererhöhung meinte Herr Nieppel, daß der Getreidepreis an der Börse in Berlin gefallen sei, in Folge dessen die Steuererhöhung nur noch kurze Zeit dauern werde. Die Herren versicherten, daß die Industriellen sehr gut wissen, daß die Miet-, Brod- und Fleischpreise hohe seien, aber die Konkurrenz, ebenso die hohen Frachtkosten für Rohmaterial zwingen sie, an der gegenwärtigen Arbeitszeit und den jetzigen Löhnen festzuhalten. Dann mußte daran gedacht werden, daß im Osten und Süden die unübersichtbare Zollgrenze sei, daher alle Erzeugnisse nach Weizen und Norden gehen müssen. Besonders beklagte sich Herr Nieppel über die belgische Konkurrenz; er führte aus, es seien ihm von den Belgiern vor kurzer Zeit eine Anzahl Eisenbahnwagen weggeschleppt worden, die von ihnen um 500 M. pro Wagen billiger gemacht werden. Weiter erklärten die Industriellen, daß die Viertelstunde Arbeitszeitverkürzung nicht bewilligt werden könne, weil das Kapital, welches in den Maschinen steck, sich während der Zeit nicht verzinsen würde. Es seien somit die Forderungen der Arbeiter kaum erfüllbar, doch man wolle im Metallindustriellen-Verbande noch einmal darüber diskutieren. Am 4. Juli ging dem Kollegen Haffel, welcher Vorsitzender der Kommission der Metallarbeiter ist, ein Brief des Metallindustriellen-Verbandes zu, in welchem mitgeteilt wird, daß sämtliche Forderungen der Arbeiter abgelehnt sind. Die Motivierung der Ablehnung ist so eckig kapitalistisch, daß man unwillkürlich an den Ausspruch von Karl Marx erinnert wird, welcher sagt: Eger fällt die Erde in die Sonne, als daß der Kapitalist freiwillig einen Theil seines Profites abläßt. Nun möge die Optimisten sich daran eine Lehre nehmen, die immer glauben, auf friedlichem Wege sei mehr zu erreichen wie durch den Kampf. Aber auch den Nichtorganisierten möge die Schamröthe in's

*) Die Generaldirektion der bay. Staatsbahnen erklärt aber, daß ein Theil der zu liefernden Wagen an belgische Fabriken nur deshalb vergeben wurde, weil die bay. und deutschen Waggonfabriken mit Aufträgen überhäuft seien. Die belgische Konkurrenz ist unter solchen Umständen eine Anstrebe

Gesicht steigen, denn die Industriellen sagen uns mit Hohn: Die Organisierten sind die Minderheit.

Posen. Unter die Arbeiterschaft Posens kommt endlich Bewegung. Die zweite Metallarbeiterversammlung hatte schon einen ganz netten Fortschritt zu verzeichnen. Ueber 250 Personen, Arbeiter aller Branchen, waren anwesend, und das Interesse, mit welchem sie den Worten des Referenten, Genossen Koblack, lauschten, konnte man ihnen vom Gesicht ablesen. Auch war nicht mehr die Zurückhaltung, wie bei der ersten Versammlung zu bemerken. Der Beifall war einige Male so stark, daß der Vorsitzende genöthigt war, die Glocke zu gebrauchen, um Ruhe herzustellen. Genosse Koblack erläuterte die Lebenslage des Arbeiters, die Maschinen- und Frauenarbeit. Als er zur Lebensmittelfrage kam und unter Anderem ausführte, daß hier sehr viel Schnaps getrunken würde, daß aber die Arbeiter bedeutend lieber Lagerbier trinken würden, wenn sie die Mittel dazu hätten, da wollten die Beifallsrufe kein Ende nehmen. Hierauf überlegte Genosse Wiese die Rede ins Polnische. Es sprach in der Diskussion nach mehrere Redner, meistentheils polnisch. Es wurde über das Lehrlingswesen geklagt; auch über den Magistrat, daß dieser so geringe Löhne bezahle. Ein Handwerker regte sich darüber auf, daß die Arbeiter dieselben Rechte hätten wie die Handwerker. Er wurde aber vom Genossen Friedmann abgeführt, der erklärte, daß wir alle Arbeiter wären, und daß wir alle zusammenstehen müßten, um vorwärts zu kommen. Zum Schluß sprach noch ein Hirsch-Dunckerianer. Dieser führte aus, daß er sehr gern in den Verband eintreten würde, wenn derselbe eine Unterstützungs- und Krankenkasse zc. hätte. Genosse Koblack widerlegte ihn, indem er die Versammlung über den wahren Werth der Hirsch-Dunckerianer aufklärte. Es sprach dann noch Genosse Gogonski, welcher zum Beitritt in die Organisation aufforderte. Der Aufforderung Koblacks, daß Jeder, der sich organisieren wolle, sich melden könne, wurde von Verschiedenen Folge geleistet. Es meldeten sich Arbeiter aller Branchen. Bangsam, aber stetig geht die Bewegung vorwärts. Wenn nur einige von unseren tüchtigsten Kräften polnisch verstünden, so würden wir ganz andere Erfolge erzielen. Es wurde nachfolgende Resolution angenommen: „Die am 4. Juli stattgefundene Metallarbeiterversammlung erkennt die traurige Lebenshaltung der hiesigen Arbeiter und verpflichtet, so bald wie möglich eine Besserstellung anzustreben. Ferner erkennt dieselbe in einer starken Organisation das einzige Mittel dieses zu verwirklichen.“

Roschheim. In letzter Zeit ist die Maschinenfabrik von Georg Hauf der wahre Laubenschlag geworden. In verschiedenen Zeitungen werden Dreher und Schlosser geschickt. Aeltere und tüchtige Leute kommen hieher und sehen sich stark enttäuscht. Es kommt vor, daß an einem Tag 3—4 Arbeiter aufhören. Daran sind die in schlechtem Zustande befindlichen Werkzeuge und die nicht glänzenden Lohnverhältnisse schuld. Die regelmäßige Arbeitszeit dauert von 6—6 Uhr mit je 1/2 stündiger Frühstück- und Vesper- und 1 stündiger Mittagspause, doch sind auch Ueberstunden an der Tagesordnung. Die Zustände in der Kantine spotten jeder Beschreibung; die indifferenten Kollegen halten sich bis zum frühen Morgen in derselben auf und vertrinken fast ganz ihren sauren verdienten Wochenlohn; es kommt vor, daß in Folge dessen Arbeiter Samstag mit 1—3 M. in der Tasche die Fabrik verlassen und kaum das Logis bezahlen, geschweige denn andere Bedürfnisse befriedigen können. Es ist vorgekommen, daß ein Kollege mit 10—15 M. hier ankam und in der Zeit von 3 Wochen zu jenem Lohn noch 11 M. Wochenspaße hatte; das ganze Geld blieb in der Kantine. Es ist traurig, daß die Kollegen nicht mehr Macht über sich selbst haben. Ja, wenn ihnen der Alkohol in den Kopf steigt, dann schimpfen sie über die mißlichen Verhältnisse dieser Bude, aber daß sie sich aufraffen, sich der Organisation anschließen und dadurch bessere Zustände schaffen würden, dazu fehlt ihnen der Muth. Hoffentlich genügen diese Zeilen, um die vorhandenen Mißstände abzuschaffen und die Kollegen aus ihrem Schlaf aufzurütteln.

Weißenburg a. S. Vor Zugang nach der Emailfabrik von Staudinger u. Müller wird wegen Maßregelung von Verbandsmitgliedern gewarnt.

Zwickau. Zugang aller Metallarbeiter ist von der Fahrradfabrik von Julius Kaufmann, Richardstraße 23, wegen Maßregelung fernzuzulassen.

Firndorf. Am 2. Juli fand hier eine Mitgliederversammlung statt, welche so gut besucht war, wie es schon einige Jahre nicht mehr der Fall war. Als Schriftführer wurde Kollege Anton Ottinger gewählt. Bei „Beschließens“ wurde betreffs Abstempelung der Marken eine Aenderung für die Zukunft beschlossen. Hierauf ersuchte der Bevollmächtigte sämtliche Mitglieder, die Agitation energisch zu betreiben, um die hiesige Verwaltungsstelle in den Stand zu versetzen, daß wir endlich einmal mit unserer gerechten Forderung hervortreten können. Es ist nöthig, alle fernstehenden Kollegen der Verwaltungsstelle zuzuführen, wenn wir den Sieg erringen wollen.

Schmiede.

Cassel. (Zur Lohnbewegung der Schmiedehilfen.) Der eifrigen Agitation verschiedener Kollegen ist es nun endlich gelungen, daß die Organisation der Schmiede einen erfreulichen Aufschwung genommen hat, und haben die Schmiede beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Um ein klares Bild von den Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kollegen zu erhalten, ist kürzlich eine Berufsstatistik aufgenommen worden, welche folgendes Resultat ergeben hat: Von 23 Werkstätten haben 54 von 58 hier beschäftigten Schmiedehilfen die ausgegebenen Fragebogen korrekt beantwortet. Davon sind 52 gewerkschaftlich organisiert. 28 Kollegen befinden sich im Alter bis zu 20 Jahren, 20 im Alter von 20—30 Jahren, 5 im Alter von 30—40 Jahren und 1 Kollege von 51 Jahren, davon sind 6 verheiratet und 48 ledig. Die Arbeitszeit ist sehr verschiedenartig; es arbeiten:

20 Kollegen in 5 Werkstätten 64 Stunden pro Woche,	
8 " " 4 " " " " " "	66 " " "
2 " " 1 " " " " " "	67 " " "
4 " " 2 " " " " " "	68 " " "
1 " " 1 " " " " " "	70 " " "
9 " " 5 " " " " " "	72 " " "
2 " " 1 " " " " " "	77 " " "
6 " " 2 " " " " " "	78 " " "
2 " " 1 " " " " " "	65 " " "

